

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

KURT BORRIES

Die Französische Revolution und Deutschland im Vorfeld der europäischen Integration

Die nachstehenden Ausführungen geben in erweiterter Form einen Vortrag wieder, den der Verfasser am 7. Mai 1960 auf einer vom Baden-Württembergischen Kultusministerium in Verbindung mit der Europa-Union durchgeführten Geschichtslehrertagung in Stuttgart gehalten hat.

Die Sternstunde der Französischen Revolution

Als in Frankreich die absolute Monarchie zusammenbrach und unter der Devise „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ eine ganz neue staats- und völkerrechtliche Denkweise auf den Plan trat, ruhte in dem benachbarten Mitteleuropa die alte Ordnung noch fest in ihren Angeln. Noch immer überwölbte das Heilige Römische Reich Deutscher Nation das bunte Mosaik der aus einer Vielzahl mittelgroßer, kleiner und kleinster Partikel zusammengesetzten deutschen Staatenwelt. Von Nationalgefühl, Machtpolitik und Prestige war da nicht viel die Rede. Es gab wohl einen Reichspatriotismus, und dies vornehmlich im traditionsgebundenen deutschen Südwesten, wo die politische Krähwinkelei vorherrschte, aber der spiegelte mehr einen weltbürgerlichen Stolz als ein dynamisches Selbstbewußtsein wider; in diesem Idyll der Serenissimi und ihrer allergehoramsten Untertanen gelüstete niemand nach einem Umsturz der bestehenden Verhältnisse.

Das traf auch auf die beiden deutschen Großmächte Österreich und Preußen zu, denen ja der verschlissene Mantel des altdeutschen Kaisertums längst zu eng geworden war. Noch eben hatten sie, ostwärts gerichtet und in der trügerischen Windstille des sterbenden „ancien régime“, Arm in Arm mit Rußland der Kabinettpolitik alten Stils mit der ersten polnischen Teilung die Krone aufgesetzt, da störte sie der Feuerschein von Westen aus den gewohnten Geleisen auf. Aber als sie sich noch einmal zusammentaten und diesmal marschierten, um den revolutionären Brandherd an der Seine auszutreten, offenbarte sich ihre Schwäche unterwegs: keine Feldschlacht, eine bloße Kanonade und das unwirtliche Herbstwetter bewogen sie zur Umkehr, und der Schlachtenbummler Goethe beim Hauptquartier des deutschen Invasionsheeres notierte in seinem Tagebuch: „Von heute und hier geht eine neue Epodie der Weltgeschichte aus“.

Das war im Jahre 1792, drei Jahre nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung in Paris, des ersten Parlaments auf dem europäischen Festland, eine wahrhaft prophetische Erkenntnis weit über das hinaus, was den Zeitgenossen und wohl auch Goethe selbst damals bewußt geworden ist; seine Divination zielte auch weniger auf den roten Faden, den die Jakobiner in die Weltgeschichte einzufädeln sich anschickten, als vielmehr auf die Sternstunde, den Wendepunkt, man möchte sagen: auf den Abschied von der Geschichte.

Wie sehr er damit recht behalten sollte, wissen wir heute. Das Zeitalter der französischen Revolution – ein sehr kurzer Zeitraum von nur 25 Jahren – trennt uns durch einen tiefen und bedeutsamen Einschnitt von den früheren Jahrhunderten. Diese Feststellung ist ganz unabhän-

gig davon, ob wir die französische Revolution als solche anerkennen oder ablehnen und ob wir ihre Folgen als segensreich oder unheilvoll empfinden. Die französische Revolution hat ihre unverrückbare Stelle in der Geschichte der modernen Welt. Sie hat die Politisierung unseres Lebens eingeleitet, sie bedeutet die erstmalige Durchsetzung einer alle Gebiete des Lebens umfassenden theoretischen Einstellung mit den Machtmitteln des Staates, sie hat nicht nur die politischen Institutionen, sondern auch die Beziehungen der Völker zueinander auf eine neue Grundlage gestellt. Man braucht nur die Worte Liberalismus, Demokratie, Nationalstaat zu nennen, um die Tragweite dieser Bewegung sichtbar zu machen.

Aber damit ist auch bereits angedeutet, daß es sich in der französischen Revolution nicht um ein einheitliches Programm und dessen Ausführung handelt. Nur in den ersten Anfängen war das vielleicht der Fall, später sind sehr verschiedene Überzeugungen und vor allem Män-

Sie lesen auf Seite 543:

Günther Wagenlehner

„Kapitalistische Ausdrücke mit sozialistischem Inhalt in der Sowjetwirtschaft“

ner sehr verschiedenen Charakters hervorgetreten. Das hat die ursprünglichen Antriebe stark verändert, und zwar um so mehr, je mehr die Theorie sich mit der Praxis vermischte, je mehr die harte Notwendigkeit der Dinge zu sprechen begann. So ist die französische Revolution eine andere in ihren Anfängen und in ihrem Verlauf gewesen, eine andere in ihren Ursachen und ihren Wirkungen, und wenn die Geschichte zuweilen das Bizarre und Paradoxe liebt, so hat sie hier verschwenderischen Gebrauch davon gemacht. Um es mit knappen Worten zu sagen: Die französische Revolution hat den Individualismus in die Politik eingeführt, und sie hat damit die modernen Massenbewegungen ausgelöst. Sie begann mit der Zertrümmerung des Absolutismus und endete in der Militärdespotie Napoleons I. Sie befreite das Individuum von den Fesseln staatlicher Bevormundung und brachte zugleich den starken Staat hervor, den Volksstaat mit der allgemeinen Wehrpflicht, dem Schulzwang und dem bürokratischen Zentralismus in der Verwaltung. Die Anfänge und das Ende stehen also weit voneinander, und sie scheinen sich zu widersprechen. Jedoch im Grunde widersprechen

sie sich nicht; es steckt nur etwas von der Ironie der Geschichte darin, die sich überall zeigt, wo der menschliche Geist um neue Formen seiner Selbstdarstellung ringt.

Vom Lande des „esprit classique“ gilt das in besonderem Maße. Die Französische Revolution ist eine spezifische Hervorbringung des französischen Nationalgeistes. Schon Tocqueville hatte darauf hingewiesen, daß sie nicht etwas Zufälliges gewesen sei, sondern die Tendenzen der vorhergehenden Zeit vollstreckt habe, und sein Landsmann Albert Sorel hat ein achtbändiges Werk über Europa und die Französische Revolution geschrieben, um diese These zu erhärten; sie ist heute von den ernst zu nehmenden Forschern allgemein anerkannt. Die Ideen von 1789

Rationalismus und Aufklärung

Die Wurzel der neuen Auffassung von der Stellung des Menschen gegenüber Gott und innerhalb der Gesellschaft war der Rationalismus, eine gegen die spiritualistische und pessimistische Lebensauffassung des Mittelalters und seine Vorurteile gerichtete europäische Geistesbewegung, zu der alle Nationen ihren Tribut beigesteuert haben; die Namen Descartes, Galilei, Bacon, Leibnitz, Spinoza, Hugo Grotius beweisen es. Diese neue Philosophie war eine Tochter der Renaissance, sie knüpfte an die antiken Vorstellungen von der Welt an und setzte die Natur wieder in ihre Rechte ein. Durch Beobachtung und Zergliederung suchte man den Erscheinungen auf den Grund zu kommen und alle Veränderungen nach dem natürlichen Gesetz von Ursache und Wirkung zu erklären. Die Materie und die Quantität traten in den Mittelpunkt dieser Betrachtungsweise. Die Natur wurde aufgefaßt als ein System gesetzlich bewegter Massenteile und alles Geschehen dargestellt als mechanische Bewegung, als Zusammensetzung, Verschiebung, Trennung von Körpern und Körperchen bis hinunter zu den Atomen. Ein neues wissenschaftliches Verfahren kam damit auf: das Messen und Rechnen nach der mathematischen Methode. Die Mathematik wurde das Organon dieser Naturerkenntnis, die auf alle Erscheinungen des Lebens ausgedehnt wurde; Spinoza wollte auch die moralische Welt „more geometrico“ begründen und darstellen.

Dieser naturwissenschaftliche Geist zog bald alle Denker und Publizisten in seinen Bann. Voltaire befaßte sich mit der Newtonschen Optik und Astronomie, sein Laboratorium in Cirey enthielt alle bekannten physikalischen und chemischen Apparate der Zeit. Der Staatsmann Montesquieu hielt an der Akademie zu Bordeaux Vorlesungen über den Mechanismus des Echos und über die Funktion der Nierenröhren und veröffentlichte neben seinem berühmten Werk über den Geist der Gesetze seine Beobachtungen über Pflanzen und Insekten. Dasselbe gilt von allen anderen, die zum Kreise der Enzyklopädisten gehören, von Diderot, d'Alembert, Buffon, Condillac, Condorcet, um nur einige zu nennen; sie alle haben der Mathematik und Physik ihren Tribut entrichtet.

Die Anwendung dieser naturwissenschaftlichen Methode auf das geschichtliche und gesellschaftliche Leben mußte auch zu neuen Aspekten der Geschichts- und Staatsphilosophie führen. Nicht mehr wie in der alten scholastischen Philosophie steuerte die Geschichte einem transzendenten Ziele zu, sie erstrebte jetzt eine irdische Wirkung: den Fortschritt des menschlichen Geistes zu immer größerer Vervollkommenheit. Die Geschichte wurde zum Schauplatz der sich entwickelnden Vernunft. Der Mensch unterscheidet sich zuerst durch nichts von dem wilden Tier, aber mit Hilfe seiner Geisteskräfte reißt er sich von der Natur los, nicht um sogleich die Bahn des Lichtes zu betreten, sondern um den gefährlichen Schwankungen des Intellektes zu verfallen, die tief in das Böse hinabreichen. Nur durch vernünftiges Erkennen und durch Handeln nach den Gesetzen der Vernunft kann dieses irrationale Element gebändigt werden. So strebt die Menschheit in ihrer Gesamtheit, ohne Ansehung der rassischen und nationalen Unterschiede, als Gattung einem gemeinsamen Ziele zu: der Verwirklichung einer allgemeingültigen Rechts- und Friedensordnung, dem Völkerbunde, unter dessen weiser Ägide es keine Kriege mehr geben wird.

Damit sie aber dieses Ziel erreichen, müssen sich die Menschen in den einzelnen Staaten nach Prinzipien der Vernunft organisieren. Nicht schrankenlose Willkür und das Recht des Stärkeren, sondern das Vernunft- oder Naturrecht soll die Beziehungen der Menschen und Völker zueinander regeln, und ganz im Sinne der naturwissenschaftlichen Me-

traten mit dem Anspruch der Allgemeingültigkeit auf, sie sollten auf alle Völker und alle Zeiten in gleicher Weise anwendbar sein. Das französische Volk berauschte sich in dem Hochgefühl einer europäischen Mission, man wollte die Segnungen der Vernunft und der Menschenrechte auch den anderen Völkern bringen und leitete daraus sogar das Recht zum kriegerischen Einschreiten ab. So trat das neue Frankreich in die Fußstapfen der alten „monarchie conquérante“, die Republik tat dasselbe, was schon Richelieu und Ludwig XIV. getan hatten: sie eroberte, sie dehnte die Grenzen Frankreichs aus, sie sprach von den „limites naturelles de l'ancienne Gaule“ und meinte damit die Pyrenäen, die Alpen und vor allem den Rhein.

thode geht dieses Vernunft- oder Naturrecht von den Atomen der Gesellschaft, den Individuen, aus. Ohne Rücksicht auf die Mannigfaltigkeit des historisch Gewordenen baut das Naturrecht eine völlig gleichförmige Gesellschaft aus den einzelnen Individuen auf, und da im Staatsleben der Übergang von den Einzelwesen zum Kollektivum unumgänglich ist, bedient das Naturrecht sich einer Fiktion, der Vertragstheorie, um das Staatsleben auf eine rationale Basis zu stellen. Der Staat, so lehrt das Naturrecht, beruht auf einem Vertrag der um ihr Leben und Eigentum besorgten Individuen, die zu diesem Zwecke durch allgemeinen Beschluß eine Obrigkeit einsetzen. Daraus entwickelte sich nun weiterhin die Lehre von der Volkssouveränität, die in den Kämpfen um religiöse Autonomie schon von den Jesuiten, den Calvinisten und Presbyterianern in Schottland auf die Bahn gebracht worden war: die Lehre nämlich von der Absetzbarkeit des Souveräns, wenn er gegen das Wohl und Seelenheil seiner Untertanen verstößt. Die letzte und schärfste Ausprägung fand diese Lehre im „Contrat social“ von Rousseau, der 1762 erschien.

Aus diesen wenigen Bemerkungen über das Naturrecht wird deutlich sichtbar, was für ein gefährlicher Sprengstoff in dieser völlig ungeschichtlichen Denkweise steckte, die zunächst nur auf einen kleinen Kreis Ausgewählter beschränkt blieb. Wie aber, wenn sie zum Allgemeingut der gebildeten bürgerlichen Schichten wurde, die mit wachsendem Nachdruck ihre Befreiung von der politischen und wirtschaftlichen Bevormundung erstrebten? Mußte sie dann nicht ein wirksames Kampfmittel gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung werden?

Die Aufklärung hat in der Tat diese Waffe geschmiedet. Sie hat den Rationalismus in kleine Münze umgeprägt und unter das Volk gebracht. Aufklärung, so definierte Kant, ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit; das „sapere aude“ der Alten: habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen, erhob er zu ihrem Wahlspruch. Daß es hierbei wie bei jeder Popularphilosophie nicht ohne die unvermeidlichen Vergrößerungen abging, liegt auf der Hand. Die geistreich witzelnde Gesellschaftskritik Voltaires verband sich mit einem leidenschaftlichen Haß gegen das Christentum und die Kirche, und in derselben Richtung wirkte die Propaganda des Materialismus durch die Enzyklopädisten. Das Freidenkertum und die Grundsätze der religiösen Toleranz waren nicht ursprünglich auf französischem Boden gewachsen, man hatte sie von England und Schottland übernommen, wo sie im Kampf der Volksvertretungen mit dem Absolutismus der Stuarts zum Durchbruch gelangt waren. Auch die Freimaurerlogen, die den Kult des Deismus und der Humanität in Frankreich einführten, waren ja nach englischem Muster gebildet.

Dieser alle autoritären Bande auflösende Individualismus griff, wie auf alle Gebiete, so auch auf die wirtschaftlichen Anschauungen hinüber. Hier vertraten die Physiokraten im Gegensatz zu dem die Industrie begünstigenden Merkantilismus eine Lehre, die das Evangelium der Naturreligion auf die Nationalökonomie übertrug und Befreiung des Bodens, also der Landwirtschaft, von allen hemmenden Abgaben, Einfuhrverboten und Zöllen forderte. Es war das bekannte „laissez-faire, laissez-aller“, das liberale Prinzip des freien Spiels der Kräfte. Die zahlreichen Akademien des Landes verlassen um die Mitte des Jahrhunderts das Gebiet der Literatur und Rhetorik und wenden sich nun mit Vorliebe den Problemen der praktischen Ökonomie zu; sie erörtern die Ursachen der Kriminalität und des Bevölkerungsrückganges, die Arbeiterfrage, das Wesen des Luxus, die kaufmännische Moral.

Die Propagierung der neuen Ideen

Wie aber haben sich diese Ideen verbreitet, die von den führenden Denkern und Literaten der Nation ausgestreut wurden? Es ist wichtig, diese Frage zu stellen; denn jeglicher Verkehr der Menschen untereinander steckte ja damals, verglichen mit modernen Zuständen, noch in den Kinderschuhen. Politische Zeitungen, wie wir sie heute kennen, waren überhaupt nicht vorhanden. Im Jahre 1765 gibt es kaum mehr als zwanzig Journale, die sich aus Furcht vor der strenggläubigen Obrigkeit nur schüchtern an die Diskussion der philosophischen und naturwissenschaftlichen Zeitideen heranwagen; wo es dennoch geschieht, wie in dem ominösen „Journal encyclopédique“, muß die Berichterstattung sich in das erheuchelte Gewand der Mißbilligung kleiden. Diese Zeitungen, besser Zeitschriften genannt, sind auch viel zu teuer; die Zahl ihrer Abonnenten liegt im günstigsten Falle zwischen fünfzehn und zwanzig Tausend. Gewiß, die Zeitungen werden nicht nur von den Abonnenten gelesen, man gibt sie weiter von Hand zu Hand, die Neugierde wird rege, und mit der Neugierde wächst die Aufnahmefähigkeit. Aber diese bleibt doch beschränkt auf die wenigen Menschen, welche wirklich Bildung besitzen. Die unteren Schichten des Volkes waren noch kaum davon berührt. Von den Wählern konnten in der Regel weit über 50 Prozent nicht lesen und schreiben, ja es kam sogar vor, daß Verwaltungsbeamte der Schrift nicht mächtig waren. Auf den Dörfern gab es fast nirgends Volksschulen, die Erziehung der Jugend lag noch ganz in den Händen der Geistlichkeit. Infolgedessen waren die breiten Massen des Volkes, Bauern, Handwerker und das Kleinbürgertum, in dem vorrevolutionären Frankreich von einer tiefen und echten Religiosität erfüllt, die das Freidenkertum gar nicht erreichte. Den Beweis hierfür erbrachte der Kampf der Revolution gegen die Kirche, der, im Anfang durch die Preisgabe des Kirchengutes und politischen Gesinnungsdruck erfolgreich, am Ende doch zu einer Niederlage des Staates geführt hat. Die katholische Kirche ging in Frankreich gestärkt an Macht und Ansehen aus der Revolution hervor. Aulard hat freilich entgegen seiner früher geäußerten Ansicht behauptet, die Revolution hätte bei schärferem Durchgreifen die ins Werk gesetzte Entchristlichung des französischen Volkes mit Erfolg zu Ende führen können, da das Christentum auch bei den Bauern nur noch schwache Wurzeln besaß. Der Anachronismus dieser Auffassung ist mit Händen zu greifen und bedarf keiner ausdrücklichen Widerlegung. „Die Welt“, sagt Ranke in bezug auf diese Seite der französischen Revolution, „konnte nicht ertragen, von dem Göttlichen zu veröden. Das 19. Jahrhundert kehrte zu den Lebensquellen um, an welchen die früheren Zeiten sich genährt hatten.“

Die weitverbreitete Ansicht ist also falsch, daß die freidenkerischen Ideen damals von ganz Frankreich Besitz ergriffen hätten. Was übrigens die Bauern betraf, die noch die Mehrzahl der Bevölkerung bildeten, so tritt in den cahiers, den Beschwerdeschriften, die die Wähler den Abgeordneten mitgaben, nirgends eine der Dynastie feindliche Gesinnung an den Tag. Die Beschwerden richten sich vielmehr gegen die den Adel einseitig begünstigenden Bestimmungen über die Ausübung der Jagd und gegen die Weinsteuern, kleine Belästigungen, die aber von den Bauern tagtäglich gefühlt wurden und durch die sich das herrschende System in Mißkredit brachte. Jedoch waren die Bauern weit entfernt, das dem König zur Last zu legen. Sie glaubten, daß, wenn man ihn nur recht unterrichten wollte, er sich ihrer wie ein Vater annehmen würde. Das einfache Landvolk suchte bei dem Königtum Schutz vor den Feudalherren.

Deshalb schreiben die Schriftsteller auch gar nicht für die breiten Massen. Sie tragen fast alle — mit Ausnahme von Rousseau — für das einfältige, unwissende und stumpfsinnige Volk eine souveräne Verachtung zur Schau. Sie halten es nicht reif für die Regierung, und was sie wollen, ist die Reform von oben. Sie wollen das Königtum nicht abschaffen, sie sind von Hause aus keine Republikaner und Demokraten; selbst Rousseau betont im *Contrat social* ausdrücklich, daß seine republikanischen Grundsätze nicht auf große Staaten, auf Monarchien, anwendbar seien. Auch die Freimaurer waren damals überzeugte Royalisten. Aber überall in der Publizistik wurden doch, in mehr oder weniger sorgsamer Verhüllung, die autoritätsfeindlichen Anschauungen des Deismus und der Naturrechtslehre diskutiert, so daß die Regierenden zeitweilig auf den Gedanken kommen konnten, daß diese zersetzende Propaganda auf dem abgekarteten Plan eines allgemeinen Umsturzes beruhe. Im Jahre 1759 sagt der Generaladvokat Joly de Fleury in einer

Anklagerede: „Man kann sich nicht verhehlen, daß ein Plan ersonnen ist, daß eine Gesellschaft sich gebildet hat, um den Materialismus zu stützen, die Religion zu zerstören, um Zügellosigkeit zu verbreiten und die Sittenverderbnis zu fördern.“

Dieser Verdacht konnte sich damals im Ernst nur auf eine kleine Minderheit erstrecken, auf die gut situierte Gesellschaft, auf die literarisch interessierten Kreise des Adels, auf die oberen Schichten des Bürgertums. Jedoch in den siebziger und achtziger Jahren verbreiten sich die atheistischen und liberalen Ideen auch unter den mittleren Volksklassen. In den Salons vornehmer Damen versammeln sich die Philosophen und ihre Adepten, die sich oft aus kleinbürgerlichen Verhältnissen emporgearbeitet haben, und mehr die belesenen Frauen als die Männer führen bei diesen Debatten über die Toleranz oder den bestmöglichen Staat das große Wort. Die Theater erzielen mit Stücken, die sich gegen die religiösen oder sozialen Vorurteile wenden, in der Hauptstadt wie in der Provinz überfüllte Häuser. In Beaumarchais' „Hochzeit des Figaro“ triumphiert der Roturier über den Edelmann, aber er findet bei dem begeisterten Publikum auch den Beifall derer, die im Grunde die Zeche zu bezahlen haben. In den literarischen Gesellschaften, den Logen und den Clubs, die nach englischem Muster wie Pilze aus dem Boden schießen, und noch mehr in den Pariser Kaffeehäusern, deren man 1788, nach einer polizeilichen Erhebung, an die 1800 zählt, werden die neuen Ideen mit unermüdlichem Eifer und nicht ohne zügellose Ausfälle gegen den König und die königliche Familie, den Hof, die Regierung, erörtert und so von Mund zu Mund weitergetragen. Den Zeitungen, die sich besonders in der Provinz seit 1770 rasch vermehren, merkt man es am besten an, wie sehr der Geist der Enzyklopädie sich ausgebreitet hat. Die Namen der berühmten Schriftsteller sind aller Zensur zum Trotz nicht mehr anstößig, und der Kult der schwärmerischen Humanität im Stile Rousseaus gibt überall den Grundton an.

Diese rührselige Naturschwärmerei machte das Eigenrecht des naturwüchsigen genialen Menschen geltend; sie wandte sich gegen die sittlichen Bindungen des bürgerlichen Lebens, weil sie das freie Ausleben des Individuums behinderten, und sie erblickte in der menschlichen Gesellschaft und Zivilisation überhaupt ein Unglück, weil sie den paradiesischen Zustand des unschuldigen Naturmenschen in ein verkehrtes, verschrobenes Wachstum gedrängt hätte. Aus dieser Stimmung heraus entstanden ein neues System der Kindererziehung und die sentimentale Philanthropie, die sich der Zurückgebliebenen, der Kranken und Bedürftigen annahm und Stifte, Wohlfahrtsinstitute und Asyle ins Leben rief. In dieser gefühlsgesättigten Atmosphäre waren aber auch die Schriften Rousseaus entstanden, ja sie hatten diese Atmosphäre selbst mit hervorgerufen und in der ganzen Welt das größte Aufsehen erregt. Zwar gilt dies nicht für das politische Glaubensbekenntnis Rousseaus, für den *Contrat social*, der wegen seiner abstrakten und rigorosen Formulierung wenig gelesen wurde und zunächst fast unbemerkt vorüberging. Um so mehr entsprach diese radikale Theorie dem, was in der zweiten, der jakobinischen, Phase der Revolution zutage trat und teilweise auch verwirklicht worden ist.

Rousseaus „Contrat social“ und die Wendung zum starken Staat

Rousseau baut den Staat und die Gesellschaft — beides ist bei ihm nicht scharf getrennt — aus dem Naturzustand auf: „L'homme est né libre, mais partout il est dans les fers“, so die faszinierenden Eingangsworte des berühmten Traktates. Was wollen sie besagen? Der Mensch ist von Natur frei, und er ist unschuldig und gut, erst die Gesellschaft (und damit die Geschichte) hat ihn unfrei gemacht und mit ihrer intellektualistischen Kultur und ihrem Egoismus aus seiner Art gedrängt und verdorben. Also weg von der Geschichte und zurück zur Natur. Aber dieser Rückgriff ist im Grunde ein Appell an die Vernunft, die auch bei Rousseau allein berufen ist, die verworrenen menschlichen Verhältnisse zu ordnen und zu legitimieren. So beantwortete Rousseau die Frage, wie Autorität und Freiheit zusammen bestehen können, mit seinem Gesellschaftsvertrag. Jeder einzelne schließt mit allen, d. h. der Summe der einzelnen, einen Vertrag, durch welchen die „volonté générale“, der Gesamtwille, zum allein gültigen Souverän eingesetzt wird.

Mit anderen Worten: die tatsächliche Regierung hat nur einen provisorischen Auftrag und verschwindet in dem Augenblick, wo die Volksgemeinde zur Abstimmung zusammentritt. Das ist die plebiszitäre Demokratie antiken Stils, die Rousseau, der Bürger eines schweizerischen Stadtkantons, auch nur auf kleinere Verhältnisse angewandt wissen wollte. Übertragen auf einen Großstaat der Neuzeit, mußte diese Lehre revolutionierend wirken, ja die Revolution, wie Gierke einmal bemerkt hat, in Permanenz erklären. Eben das war es, was die Jakobiner wollten und taten.

Wie aber kam es zu der raschen Abkehr von den liberalistischen Ideen des Jahres 1789? Wie konnte die Freiheit so rasch von der Gleichheit verschlungen werden? Wie erwuchs aus der liberalen Anarchie die egalitäre Demokratie, der zentralistische Einheitsstaat, der die staatliche Allmacht viel stärker ausprägen sollte, als es der Absolutismus jemals getan hatte?

Die Nationalversammlung, die 1789 aus den Generalständen hervorgegangen war, stand unter dem überwiegenden Einfluß des dritten Standes. Der war noch zum größten Teile monarchisch gesinnt, aber er wollte ein konstitutionelles, d. h. ein verfassungsmäßig beschränktes Königtum, und er suchte diesen Zweck durch die Teilung der Gewalten, der vollziehenden, der gesetzgebenden und der richterlichen Gewalt, zu erreichen. Aber man verfuhr dabei viel radikaler, als Montesquieu es gelehrt hatte. Die Tendenzen dieser Versammlung waren extrem individualistisch und geschichtsfeindlich.

Das wurde sogleich offenkundig, indem man an die Spitze der Verfassung die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte stellte. Die Nationalversammlung folgte hierin dem Vorbilde der nordamerikanischen Freistaaten, die diese Prinzipien in ihrem Unabhängigkeitskriege gegen England zur Richtschnur genommen hatten; sie stammten aus der großen englischen Revolution des 17. Jahrhunderts, in der die liberalen Grundsätze der religiösen Toleranz zum Durchbruch gekommen waren. Die vier „unveräußerlichen und unveränderlichen“ Menschenrechte, das Recht auf Freiheit, das Recht auf Sicherheit, das Recht auf Eigentum und das Recht auf Widerstand gegen Bedrückung, hatten so, wie sie gemeint waren, einen staatsfeindlichen Charakter; sie bedeuteten nichts anderes als die Proklamation des Grundsatzes: erst der Einzelne, dann der Staat. In dem wilden Freiheitstaumel, der die Menschen erfaßt hatte, tat man alles, um die Macht des Staates bis auf den Nullpunkt herabzuwürdigen. Selbst gegen die Nationalversammlung richtete sich der Verdacht, sie könne zu mächtig werden. „Hütet Euch um Gottes willen vor der Erklärung“, schrieb Madame Roland 1789 an einen der Revolutionsführer, „die Nationalversammlung könne unwiderruflich die Verfassung festlegen. Diese muß, wenn die Versammlung den Plan entworfen hat, sodann in alle Provinzen geschickt werden, um von den Mandanten angenommen, umgestaltet, gebilligt zu werden.“

Dieser extreme Föderalismus führte zu einer völligen Anarchie der Verwaltung. Das grobe Unverständnis für die Bedeutung und Macht des Herkommens zeigte sich vor allem darin, daß man Frankreich mit Zirkel und Lineal in 83 neue Departements einteilte. Noch schlimmer aber war die Aufhebung des kirchlichen Eigentums. Denn damit beging die Nationalversammlung eine Tat, die sich in ihren Folgen gegen ihre eigenen Grundsätze und Absichten richten sollte. Durch den Verkauf des eingezogenen Kirchengutes, wozu dann noch die dem Staate verfallenen Besitzungen der nicht zurückgekehrten Emigranten kamen, wurde eine durchgreifende Umschichtung der Besitzverhältnisse herbeigeführt. Die neuen Besitzer fühlten aber bald das Bedürfnis nach einer straffen Staatsgewalt, die ihnen das Neuerworbene sicherstellte. Das hat dem späteren Terror mit die Wege geebnet.

Die Haupttriebfeder in dieser Entwicklung lag freilich in der Dynamik der revolutionären Ereignisse selbst. Der vornehmste Schauplatz der Revolution, auf dem alle wichtigen Entscheidungen fielen, war die Großstadt Paris, die in Frankreich seit langem in allen Dingen des öffentlichen Lebens den Ton angab, weit mehr als das in irgendeinem anderen Lande der Fall war. Hier gelang es den im Jakobinerclub zusammengeschlossenen radikalen Elementen, das Großstadtproletariat und das käufliche Lumpengesindel, das sich durch Zuzug aus den Provinzen ständig ergänzte, zu organisieren und mit ihrer Hilfe die Volksvertretung zu terrorisieren. Aber was in Paris geschah, geschah auch in den anderen Städten des Landes. Denn der Jakobinerklub hatte dort überall seine Filialen, und nachdem er in Paris die Macht erobert hatte,

herrschte er im ganzen Lande durch seine Emissäre und Spitzel und ein hemmungsloses Angebertum.

Ebenso wichtig aber oder vielleicht noch wichtiger für das Hereinbrechen und die Fortdauer der Schreckensherrschaft war ein zweites: die auswärtige Politik der Revolution, die Einmischung des Auslandes zugunsten des bedrängten Königs und schließlich der Krieg, der als nationaler Verteidigungskrieg geführt wurde, in Wirklichkeit aber ein Eroberungskrieg größten Stiles und zugleich eine bewaffnete Propaganda für die neuen in Frankreich zur Herrschaft gekommenen Ideen war.

Die anderen Staaten hatten zunächst gar keine Veranlassung, sich in die inneren Verhältnisse Frankreichs einzumischen; denn die Schwächung Frankreichs durch die Revolution war ihnen ganz willkommen. Sie neigten überhaupt im Hinblick auf das Beispiel Polens zu der Ansicht, daß das republikanische Regime notwendigerweise zum Verfall der Staaten führen müsse. Mit dem republikanischen Regime verbanden sie nicht ohne weiteres die Vorstellung einer Volksregierung und eines völligen Umsturzes aller Dinge, wie er sich in Frankreich vorbereitete. Sehr unsanft sollten sie bald aus dieser Illusion geweckt werden. Denn trotz aller Friedensbeteuerungen und pazifistischen Phrasen, die die Revolutionäre vernehmen ließen, waren ihre Ideen doch von vornherein auf eine weltumspannende Propaganda eingestellt; gerade ihr wortreicher Pazifismus verkündete ja ein völkerrechtliches Programm, das den bestehenden politischen Zuständen in Europa in keiner Weise entsprach.

Im November 1791 fordert eine Adresse der Assemblée den König auf, er möge den deutschen Fürsten sagen: Wenn ihr fortfahrt, die Hetze und kriegerischen Vorkehrungen gegen Frankreich zu begünstigen, so werden wir euch nicht Schwert und Feuer, sondern die Freiheit ins Land tragen. Oder wie es am selben Tage ein Volksbote von der Rednerbühne herab in aufschlußreicher Weise erläuterte: Wir werden die Völker gegen die Tyrannen führen und sie im Namen der Philosophie entthronen. Wie reibungslos gleiten Recht und Macht, Idee und Wirklichkeit hier ineinander! Kaleidoskopartig ändern sich die Begriffe. Man verwechselt die Herrschaft der Vernunft mit der Herrschaft Frankreichs, die Befreiung der Völker mit der Eroberung ihrer Staaten, die europäische Revolution mit der französischen Hegemonie.

Aber der Verlauf der Revolution spitzte sich von innen her zum Kriege zu. Unter der Legislative, die die konstituierende Nationalversammlung ablöste, kamen die Girondisten, der rechte Flügel der Jakobiner, an das Ruder. Diese republikanisch gesinnten Männer erstrebten die Abschaffung des Königtums, aber sie wollten sich auch ihrer Widersacher auf dem linken Flügel ihrer Partei, der noch radikaleren Robespierre, Danton, Marat entledigen, und beide Ziele hofften sie durch den Krieg mit dem Auslande zu erreichen. Das Verhalten der Emigranten im Rheinlande und einige ungeschickte, die Revolution mißbilligende Äußerungen der verbündeten Mächte Österreich und Preußen gaben die Veranlassung zur Kriegserklärung. Aber es kam anders, als die Girondisten es sich vorgestellt hatten. Der Vormarsch der Verbündeten auf Paris löste eine panikartige Stimmung unter der Bevölkerung der Hauptstadt aus, und diese benutzten die linksradikalen Jakobiner dazu, um den König und die girondistische Regierung gewaltsam zu beseitigen.

Damit war aber der Weg zur demokratischen Diktatur frei. Die Demokratie Rousseaus siegte über den Liberalismus von 1789. Die Gleichheit verwirklichte sich im Zeichen der Freiheit. Aber die Freiheit erfüllte sich jetzt mit einem anderen Sinn: sie wurde gleichbedeutend mit der Massenerhebung gegen die Invasion von außen, wie es in der Marseillaise, die damals entstanden ist, zum Ausdruck kam: „Contre nous de la tyrannie l'étendard sanglant est levé“. Der Kampf gegen das Ausland wurde identisch mit dem Kampf um die Errungenschaften der Revolution.

Das Massenaufgebot des Konvents stellte dem alten Europa ein Volksheer entgegen, wie man es bisher noch nicht gesehen hatte. Diese Armeen des revolutionären Frankreichs waren ganz erfüllt von den Ideen von 1789, sie kümmerten sich nicht um das, was hinter ihnen in der inneren Politik vor sich ging, sie wollten nur an den Feind geführt werden, um das Vaterland zu befreien und die Tyrannen, d. h. die Könige, überall zu vertreiben. Sie wurden befehligt von jungen, wage-

mutigen Generälen, die meist aus dem Unteroffiziersstande hervorgegangen waren, und sie kämpften nicht mehr in den alten geschlossenen Karrees der friderizianischen Zeit, sondern in der aufgelösten Gefechtsordnung, die an den Mut und die Entschlußkraft des Einzelnen viel größere Anforderungen stellte.

In dieser Verfassung erschienen die französischen Heere dem alten Europa, um mit Sorel zu sprechen, wie der Sturmeswind einer politischen und militärischen Apokalypse, der es zunächst nicht gewachsen war. Und diese Heere machten nicht Eroberungen alten Stiles. Wohin sie kamen, breiteten sie die Revolution und ihre Prinzipien, ihre Institutionen aus; sie zerstörten überall das alte Feudalsystem. Aber damit nicht genug, sie zerstörten auch die alten Grenzen und faßten die Völker nach ihren revolutionären Grundsätzen zu neuen Einheiten zusammen. Diese Nichtachtung der geschichtlichen Mächte, die rigorose Verletzung von fremder Gewohnheit und Sitte weckte den Haß und das

Selbstbewußtsein der unterdrückten Völker und bereitete die Erhebung von 1813 vor.

Wie tief Revolution und Bonapartismus auf die staatliche Umgestaltung Deutschlands eingewirkt haben, ist allbekannt. Das römische Reich deutscher Nation hörte auf zu bestehen; es verschied, so verkündete Görres, in Frieden, infolge Altersschwäche am Schlagfluß, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, im 955. Jahre seines Lebens, nachdem es das linke Rheinufer testamentarisch der französischen Republik vermacht hatte. Aber auch auf dem rechten Rheinufer blieben die Gebietsveränderungen, die Napoleon in der Zeit des Rheinbundes vornahm, später in Kraft. Der Deutsche Bund, der auf dem Wiener Kongreß aus der Taufe gehoben wurde, sah die erbärmliche Kleinstaaterei des alten Reiches nicht wieder; in einem neugespannten völkerrechtlichen Rahmen strebte die unfertige deutsche Nation ihrer Vollendung entgegen.

Die Expansion des revolutionären Geistes in Europa

Die Entstehung des deutschen Nationalstaates im 19. Jahrhundert ist nicht unter dem unmittelbaren Einfluß der Ideen von 1789 vor sich gegangen. Ihre Wirkung auf Deutschland war dennoch tief und nachhaltig, aber sie lag nicht auf dem institutionellen Gebiet und ist deshalb auch nicht mit Händen zu greifen. Man muß sie schon in dem subtileren Bereich der Staats- und Geschichtsphilosophie aufspüren. Sie vollzog sich oft auf Umwegen, im krausen Gemisch mit andersartigem Geistesgut und nur anfänglich in der Atmosphäre nacheifernder Sympathie, dann mehr und mehr in einer betonten Abwehrstellung gegenüber dem Nachbarvolk, im Innewerden des Fremden, Nichtgemäßen, im wachsenden Bewußtsein eines eigenen schöpferischen Auftrages. Diese den Ideen von 1789 eigentümliche und nicht abzuweisende Herausforderung, sei es zur Aktion oder zur Reaktion, wird in ihrer vollen Tragweite für Deutschland erst abschätzbar, wenn wir uns ihre Wirkung auf die anderen europäischen Länder kurz vergegenwärtigen.

Auf der Pyrenäenhalbinsel lebte die sozial gedrückte und geistig unentwickelte Masse der Bevölkerung in der nie ernstlich gefährdeten Obhut der katholischen Kirche, die dem Eindringen der revolutionären Ideen einen ebenso zähen wie geschmeidigen Widerstand entgegensetzte. So hatte sich Spanien zuerst gegen die napoleonische Fremdherrschaft erhoben, aber der unmittelbar anschließende Kampf gegen die despotische Mißwirtschaft der einheimischen Dynastie spielte mit dem unvermeidlichen Einbruch konstitutioneller Ideen auch radikalere Elemente in den Vordergrund: die Cortesverfassung des Jahres 1812 war ganz nach dem Vorbilde der französischen Verfassung von 1791 gemodelt und schüttete das Kind mit dem Bade aus. Sie konnte sich nicht halten, aber auch die Rückkehr zu den alten Zuständen erwies sich als unmöglich. In den hin- und herwogenden Kämpfen eines nicht ohne fanatische Erbitterung geführten Bürgerkrieges kam hier zum ersten Male der Parteiname der „Liberalen“ auf; ihr endgültiger Sieg scheiterte an der Intervention der legitimistisch gesinnten europäischen Großmächte. In den dreißiger Jahren flammte der Bürgerkrieg erneut auf und wurde schließlich zugunsten der mit den Liberalen verbündeten Cristinos gegen die reaktionären Carlisten entschieden, aber auch die „Konstitutionellen“ blieben, wie das Beispiel eines ihrer repräsentativen Denker Donoso Cortés zeigt, im Banne einer kompromißlosen Katholizität, die sie im unüberbrückbaren Gegensatz zum Naturrecht und den Ideen von 1789 gefangenhielt.

In Rußland hatte schon Peter der Große damit begonnen, die sozial und geistig unentwickelte Bevölkerung seines Riesenreiches mit der fortschrittlichen Zivilisation des Westens in Berührung zu bringen. Seinem Beispiel folgte, auf der Höhe der Bildung ihrer Zeit, Katharina II., eine deutsche Prinzessin; sie hatte mit Voltaire, d'Alembert und Diderot in angeregtem Briefwechsel gestanden, aber sie wurde zur erbitterten Gegnerin der französischen Revolution, je mehr in Paris die Jakobiner die Oberhand gewannen. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und Petersburg schiefen ein, die französische Kolonie in Petersburg, die immerhin 10 000 Seelen zählte, wurde unter Polizeiaufsicht gestellt. Aber die Zarin konnte nicht verhindern, daß sich die liberalen Anschauungen ihrem Enkel und späteren Nachfolger Alexander durch dessen Erzieher, den Schweizer Republikaner La Harpe, tief einprägten. Der Rückschlag erfolgte durch die napoleonische Invasion

des Jahres 1812, die Alexander in die Arme der Heiligen Allianz führte. Die vom deutschen Adel in den Ostseeprovinzen ins Rollen gebrachte Bauernbefreiung fand keine Nachfolge im eigentlichen Rußland; der Entwurf einer „konstitutionellen Charte des russischen Reiches“ vom Jahre 1819, dem der Zar im Prinzip zugestimmt hatte, blieb unter der Einwirkung der Ereignisse in Spanien unausgeführt; 1822 wurde die Freimaurerloge als Keimzelle der revolutionären Propaganda geschlossen.

Trotzdem machten sich die Einflüsse der französischen Literatur, vermischt mit denen der deutschen idealistischen Philosophie, in der russischen Oberschicht geltend. Um die Jahrhundertmitte schreibt der berühmte Publizist Wissarion Bjelinski, eine wilde, tolle, fanatische Liebe zur Freiheit und Unabhängigkeit der menschlichen Persönlichkeit habe ihn ergriffen und er könne wie Marat, um nur den kleinsten Teil der Menschheit glücklich zu machen, alle übrigen mit Feuer und Schwert vernichten. Dieser Fanatismus sollte sich dann dem Panslawismus mitteilen, der auf dem Boden östlich-religiöser Heilsvorstellungen erwuchs, aber unter dem Einfluß des Westens ein unverkennbar demokratisch-nationalistisches Gepräge erhielt. Die Zaren haben sich immer wieder gegen diesen gefährlichen französischen Einfluß, der ja nicht zuletzt auch ihre Herrschaft in Polen bedrohte, zur Wehr gesetzt und sind einer politischen Verbindung mit Frankreich lange Zeit aus dem Wege gegangen. Erst nach dem Sturz Bismarcks ist diese Verbindung zustande gekommen, das Bündnis zwischen Kosakentum und Demokratie, das die eigentliche Ursache des ersten Weltkrieges gewesen ist und dem alten monarchischen Europa den Todesstoß versetzt hat.

In Italien lagen die Dinge ähnlich wie in Deutschland. Das Land war politisch ebenso zersplittert, der Name Italien nur ein geographischer Begriff. Aber die Aufklärung hatte hier durch eine Reihe hervorragender Schriftsteller ihren Samen ausgestreut, und bis in die Kreise der Regierenden hinein wurde die Revolution als ein verheißungsvolles Ereignis begrüßt; man meinte wohl, ein Lichtbogen wölbe sich von Paris nach Italien hinüber. Als dann freilich die Lichtbringer in Gestalt der revolutionären Armeen auf italienischem Boden erschienen, schlug die Begeisterung rasch in ihr Gegenteil um; die Parthenopäische Republik im Süden der Halbinsel endete nach kurzem Bestehen in einem blutigen Strafgericht. Das nördliche Italien aber, Savoyen und Piemont, wohin das revolutionäre Frankreich schon 1792 siegreich eingebrochen war, wurde die Wiege des europäischen Legitimismus; hier stellte Joseph de Maistre der geschichts- und gottlosen demokratischen Ideologie einen von tiefer religiöser Inbrunst getragenen mystischen Royalismus entgegen, der die Restauration weithin beeinflussen sollte. Aber von hier ging auch fünfzig Jahre später das Werk der italienischen Einigung aus. Cavour huldigte einem aristokratischen Liberalismus, aber er verschmähte das Bündnis mit Napoleon III. nicht und zwang die wirklichkeitsfremde demokratische Bewegung des Risorgimento mit überlegener Staatskunst auf den Boden der Tatsachen herab.

In den Ländern der habsburgischen Monarchie hatte Kaiser Joseph II. im Sinne des aufgeklärten Absolutismus mit einem großzügigen Reformwerk begonnen, aber nicht nur die bevorrechteten Stände, sondern auch die kirchlich gesinnte Bevölkerung zu heftigem Widerspruch gereizt. Sein Nachfolger Leopold suchte einen mittleren

Weg, wurde aber durch die Ereignisse in Frankreich an die Seite der entschiedenen Revolutionsgegner getrieben. Am stärksten war der Eindruck der französischen Revolution in Ungarn, wo der Adel ihre Ideen aufgriff, um sie mit der Forderung der Selbstregierung und Wiederherstellung der alten ungarischen Freiheiten zu verknüpfen. Die plumpe Maschine der Reaktion, die der geistlose Kaiser Franz mit größter Rücksichtslosigkeit spielen ließ, wurde in den Händen des Fürsten Metternich zu einem feingeschliffenen Instrument europäischer Interventionspolitik. Metternich gehörte weder zur Richtung der französischen Restauration im Stile de Maistre noch zur deutschen politischen Romantik. Sein sozialkonservatives Programm knüpfte wieder an das 18. Jahrhundert an und bekämpfte das Prinzip der Volkssouveränität auf der ganzen Linie; in der Tat bedeutete diese Lehre die Axt an der Wurzel des österreichischen Völkerstaates. Vom Wiener Kongreß bis zur Revolution von 1848 hat Metternich mit Erfolg die Ideen der französischen Revolution von der Mitte des Kontinents ferngehalten.

Jedoch viel wichtiger für die unmittelbare Gestaltung der europäischen Schicksale war der Eindruck, den die französische Revolution in den neben Frankreich am meisten zivilisierten Ländern hervorrief, in England und Deutschland. Man sollte annehmen, daß die französische Revolution in England, dem eigentlichen Geburtslande des Parlamentarismus, mit allgemeiner Sympathie begrüßt worden wäre. Aber das Gegenteil war der Fall. Auf der Insel gab es eine große liberale Partei, und auch sie hatte ihre Theorie und ihre Prinzipien, aber diese standen nicht im Widerspruch, sondern im Einklang mit der politischen Wirk-

lichkeit, sie schienen danach geformt und paßten sich den nationalen Bedürfnissen an.

Besonders die Kirche und die religiösen Sekten waren in England das Zentrum des Widerstandes gegen die von dem neuen Frankreich propagierten Ideen, denen übrigens auch König Georg III. mit tiefer Abneigung begegnete. Vergebens bemühte sich der alte Liberale Fox um die Führung des Staates in diesen entscheidenden Jahren; es zeigte sich nur zu bald, daß er die machtpolitischen Tendenzen der französischen Ereignisse ganz falsch beurteilte. Seine Partei verlor immer mehr an Boden, zumal seitdem Edmund Burke sich von ihr getrennt hatte und in seinen „Betrachtungen über die Französische Revolution“, die 1790 erschienen, den glühenden Haß des eingefleischten Engländers gegen die französischen Umstürzler predigte. Jeder, der ein gutes Dach über dem Kopf und einen anständigen Rock auf dem Leibe hatte, sagt Macaulay, wurde zum Feind der Jakobiner. Am meisten wirkte aber, daß die schlimmen Prophezeiungen Burkes der Reihe nach in Erfüllung gingen. So sahen sich die Engländer je länger, je mehr im flagranten Gegensatz zu den Tendenzen der französischen Revolution, die nicht nur Frankreich, sondern ganz Europa neu formen wollte. Aber sie allein hatten auch den französischen Ideen eine gleichwertige politische Wirklichkeit entgegenzusetzen, und das gab ihrem Abwehrkampf gegen die Revolution und Napoleon diese gewaltige und anhaltende Stoßkraft, der das außenpolitische System des revolutionären Frankreich schließlich erliegen sollte.

Erster Widerhall in Deutschland

Wie aber stand es mit Deutschland? Die Mitte des Kontinents war der französischen Invasion am ehesten ausgesetzt, aber nur von hier aus konnte Frankreich auch niedergeworfen werden, und so ist es geschehen. Früh drang von den britischen Inseln die warnende Stimme Edmund Burkes herüber, der sich mit so hinreißender Beredsamkeit den revolutionären Ideen entgegenwarf und bald ein mächtiges Echo weckte. Zunächst aber war die Sympathie mit der Revolution bei dem gebildeten deutschen Bürgertum weit verbreitet und echt, in überschwenglichen Tönen feierten Dichter und Denker das große Ereignis. Klopstock pries sich glücklich, daß er „die neue, labende, selbst nicht geträumte Sonne“, den Morgenaufgang von Westen mit seinen Sechzigern noch erlebt habe. Auf seinen Wunsch hin wurde ihm das französische Bürgerrecht verliehen, das auch Schiller als Anerkennung für seine „Räuber“ zuteil wurde, die den Franzosen allerdings nur in einer jakobinischen Verballhornung bekannt geworden waren. Hölderlin begrüßte 1790 in einer schwungvollen „Hymne an die Freiheit“ die französische Revolution begeistert als Beginn einer neuen Schöpfungstunde in majestätischer Ferne. Ähnlich bewegt zeigten sich Wieland und Herder.

Wieland hatte schon 1772 in seinem Staatsroman „Der goldene Spiegel“ dem aufgeklärten Absolutismus im Sinne Friedrichs des Großen das Wort geredet und wurde nun durch die Ereignisse in Paris über diese Schranke hinweggetragen: er war sich sofort klar darüber, Zuschauer eines welthistorischen Dramas zu sein. Aber bald weckte die zunehmende Radikalisierung der Revolution einen Zweifel in ihm, ob „die gute Sache der Menschheit“ sich mit diesen Vorgängen decke; der brödelnde Hexenkessel der Anarchie schien ihm nicht das rechte Vorbild für eine Reform der politischen Gebrechen des eigenen Vaterlandes.

Herder hatte ein Dezennium vor dem Ausbruch der Revolution in einer Preisschrift der Berliner Akademie der Wissenschaften die Wechselwirkung zwischen Regierung und Wissenschaften untersucht und darin die „Freistaaten“ gelobt, in denen die Wissenschaften und Künste nach dem Vorbilde der griechischen Demokratie „Töchter ihrer Gesetzgebung“, d. h. das Ergebnis eines allgemeinen Strebens und Miteifers zum gemeinen Besten gewesen seien. Das Föderationsfest von 1790 auf dem Marsfelde in Paris sah er nicht im Lichte einer politischen Demonstration, sondern als „göttliches, heiliges Fest“ der Menschheitsverbrüderung, und die Hinrichtung Ludwigs XVI. machte ihn keineswegs irre in seinem Glauben an Rousseau und die Volkssouveränität, die konsequenterweise nur mit einer Republik verträglich sei. Goethe hatte nach seiner Rückkehr aus der Champagne für diesen Überschwang kein

rechtes Verständnis, er sagte zu Herder: „Vergessen Sie nicht, Gott zu preisen, daß er Sie und Ihre Freunde außer Stand gesetzt hat, Torheiten ins Große zu begehen“.

Schiller hatte sein Erstlingsdrama mit dem Motto „In tyrannos“ versehen und dem Despotismus im „Don Carlos“ und im „Abfall der Niederlande“ eine entschiedene Absage erteilt. In seiner Jenenser Antrittsrede vom Mai 1789 bekannte er sich gehobenen Herzens zu seinem weltbürgerlichen Jahrhundert der Aufklärung, in dem „der Mensch die Freiheit des Raubtieres hingegen, um die edlere Freiheit des Menschen zu retten“. Unter solchen Auspizien schien ihm die europäische Staatengesellschaft in eine große Familie verwandelt, in der „die Hausgenossen einander wohl anfeinden, aber hoffentlich nicht mehr zerfleischen können“. Jedoch der turbulente Fortgang der Revolution in Frankreich dämpfte diesen Optimismus bald. Von der Nationalversammlung hielt er nicht viel: eine Gesellschaft von 600 Menschen könne unmöglich etwas Vernünftiges beschließen. Vollends das Schicksal Ludwigs XVI. bestärkte ihn in der Ansicht, daß das „herrlichste aller Kunstwerke“, die Monarchie der Vernunft, noch in weiter Ferne sei, daß „der Versuch des französischen Volkes, sich in seine heiligen Menschenrechte einzusetzen und eine politische Freiheit zu erringen, nicht nur dieses unglückliche Volk, sondern mit ihm auch einen beträchtlichen Teil Europas und ein ganzes Jahrhundert in Barbarei und Knechtschaft zurückgeschleudert“ habe. Daraus zog er den Schluß, daß man umgekehrt verfahren, daß man erst Bürger für die Verfassung erschaffen müsse, bevor man den Bürgern eine Verfassung geben könne. Politische und bürgerliche Freiheit blieb ihm auch dann „das heiligste aller Güter, das würdigste Ziel aller Anstrengungen und das große Zentrum aller Kultur“, aber er wollte „diesen herrlichen Bau“ nur auf dem festen Grunde eines durch ästhetische Erziehung veredelten Charakters aufbauen.

So ließ sich Schiller von den Schreckenstaten der Terroristen in Paris nicht entmutigen, im Gegenteil, diese unrühmliche Kehrseite der Revolution weckte in ihm das Bewußtsein eigener nationaler Größe, einen Nationalstolz, der freilich im Gegensatz zu dem der französischen Nachbarn keinen politischen Akzent hatte. „Die Majestät des Deutschen“, so heißt es in einem Gedichtentwurf aus dem Jahre 1801, unmittelbar nach dem demütigenden Frieden von Lunéville, „ruhte nie auf dem Haupte seiner Fürsten“.

*Stürzte auch in Kriegerflammen
Deutsches Kaiserreich zusammen,
Deutsche Größe bleibt bestehn.*

Und er sah diese Größe in „der Kultur und im Charakter der Nation, die von ihren politischen Schicksalen unabhängig ist“. Der Weltgeist habe den Deutschen offenbar dazu erwählt, „während des Zeitkampfes an dem ewigen Bau der Menschenbildung zu arbeiten“. Ebenso sprach ja der Dichter des „Hyperion“ von seinem Vaterlande als dem heiligen Herz der Völker: *„Alldulndend gleich der schweigenden Mutter Erd' und allverkannt, wenn schon aus deiner Tiefe die Fremden ihr Bestes haben“*.

Schiller hatte noch gegen Ende des Jahres 1789 aus dem Munde des deutschen Reiseschriftstellers J. C. F. Schulz einen Augenzeugenbericht über die Vorgänge in Paris gehört, nicht ohne Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit zu äußern, aber die lebhaft publizistische Tätigkeit Schulzens zu Gunsten der neuen Ideen fanden in Deutschland ein breites Echo. Nicht wenige deutsche Enthusiasten, unter ihnen prominente Männer oder solche, die es werden wollten, begaben sich nach Paris, um dem sensationellen Geschehen persönlich nahe zu sein oder gar aktiv an der Revolution teilzunehmen wie der Mainzer Georg Forster, der in seiner weltbürgerlichen Verblendung, obwohl Träger eines berühmten Namens, so weit ging, der französischen Republik die linksrheinischen deutschen Gebiete zwischen Landau und Bingen anzubieten, und dafür als Sprecher einer Delegation vor dem Konvent den Bruderkuß des Präsidenten empfing. Ohne diesen peinlichen Beisatz des Landesverrats, aber nicht minder unkritisch äußerte sich die Begeisterung des bekannten Pädagogen Joachim Heinrich Campe, Inhaber der „Braunschweigischen Schulbuchhandlung“, der Ende August

1789 Paris mit den Worten verließ: Zuvörderst werden nun alle Völker der Erde ein Muster von einer Staatsverfassung bekommen . . . welch ein elektrischer Lichtstrom von Begriffen und Einsichten wird sich nunmehr von hier aus über alle Nationen der Erde ergießen!“

In der Begleitung Campes befand sich damals der junge Wilhelm von Humboldt. Er sah das alles viel nüchterner und weniger gefühlsbetont. Was ihn in Paris befremdete und abstieß, war das nach seiner Auffassung unmögliche Beginnen, eine Staatsverfassung rein nach Grundsätzen der Vernunft zu entwerfen, nur zu deutlich erkannte er den verführerischen Bodensatz der Macht in allen diesen Bemühungen, und auch die Nation, die *volonté générale*, konnte ja zum Despoten werden. Aug' in Auge mit den blutbefleckten Gewalttaten der Revolution empfand er dankbar die edlere weltbürgerliche Geistigkeit des deutschen Nationalcharakters; ihm lag vor allem die freie Ausbildung der menschlichen Persönlichkeit am Herzen, und deshalb wollte er den Staat nicht so stark, sondern so schwach wie möglich. So blieb Humboldt gegenüber der metallenen Härte des jakobinischen Nationalstaatsbegriffs bei dem liberalistischen Föderalismus der Ideen von 1789 stehen; das Bild der Nachwächterrolle, die er dem Staate zuwies, ist aus der Vorstellungswelt des deutschen Liberalismus nie ganz verschwunden. Erst die Befreiungskriege weckten in Humboldt die Erkenntnis, daß es nicht nur auf den einzelnen ankomme, sondern daß auch eine Nation als Ganzes frei und stark im Geiste sein müsse, um sich in der Welt behaupten zu können.

Fichte und Kant

Publizistisch wirksamer, weil radikaler in seiner Kritik an den bestehenden Zuständen, nahm Johann Gottlieb Fichte 1793 in zwei anonymen Jugendschriften Stellung zu den umwälzenden Ereignissen in Frankreich. Schon die Titel: „Zurückforderung der Denkfreiheit von den Fürsten Europas, die sie bisher unterdrückten“ und „Beitrag zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution“ verrieten die Tendenz einer entschiedenen Parteinahme für die Revolution; gegen die Fürsten, den Adel, die Privilegien und für die unabdingbaren Rechte der freien autonomen Persönlichkeit: die Aufgabe der Fürsten bestehe nicht darin, für die Glückseligkeit ihrer Untertanen, sondern für die Gerechtigkeit zu sorgen, und das tun die Menschen am besten allein, ohne Könige und Fürsten. Fichte war armer Leute Kind und hat das niemals vergessen, er blieb zeitlebens im Grunde seines Herzens Republikaner. Als er 1799 seinen Lehrstuhl in Jena aufgab, wollte er nach Frankreich übersiedeln, in das *„Vaterland des rechtschaffenen Mannes“*, an dessen Sieg er die teuersten Hoffnungen der Menschheit geknüpft sah. *„Wenn nicht die Franzosen die ungeheuerlichste Übermacht erringen“*, schrieb er damals, *„und in Deutschland, wenigstens in einem beträchtlichen Teil desselben, eine Veränderung durchzusetzen, wird in einigen Jahren in Deutschland kein Mensch mehr, der dafür bekannt ist, in seinem Leben einen freien Gedanken gedacht zu haben, eine Ruhestätte finden“*.

Jedoch das Schicksal führte ihn nicht nach Paris, sondern nach Berlin, und hier erst wurde er mit der Wirklichkeit eines in der Sphäre der Macht lebenden Staates vertraut; der selbstverschuldete Zusammenbruch Preußens 1806 vertiefte seine staatspolitischen Ansichten, gab ihnen aber auch ein schärferes Profil. Fichte sah jetzt, daß man zuerst das Böse in den Menschen bezwingen müsse, um das Gute hervorzu- bringen, und daß der Staat als Zwangseinrichtung hierin seine moralische Begründung finde. Er stimmte jetzt mit Machiavelli darin überein, daß der Fürst um des Volkes und der nationalen Selbsterhaltung willen über die Gebote der individuellen Moral hinausgehoben sei. So schaltete er in seinen „Reden an die deutsche Nation“ zwischen den einzelnen und den Staat die Nation ein als Trägerin eines allgemeinemenschlichen Erziehungsideals; um dieses Ziel zu erreichen, muß die Nation selbständig sein, und dazu braucht sie den starken Arm des Staates, aber sie braucht ihn nicht um ihrer selbst willen, sondern im Dienste einer höheren menschheitlichen Aufgabe: *„Der Geist allein, rein und ausgezogen von allen sinnlichen Antrieben, muß an das Ruder der menschlichen Angelegenheiten treten.“* Nicht nur die Könige sollen Philosophen, sondern die Philosophen Könige sein. Hatte die französische Revolution die weltbürgerlichen Forderungen der Aufklärung in ein politisches Gewand gekleidet, so warfen die deutschen Denker und

Dichter diesem Gewand wieder ihren weltbürgerlichen Mantel über. Eine Ausnahme machte der Rheinländer Joseph Görres. Er hatte als Jakobiner in Mainz begonnen, war dann tief enttäuscht aus Paris zurückgekehrt und wurde durch den Aufstieg Napoleons auf die Bahn des nationalen Widerstandes geworfen, dem kein Kosmopolitismus mehr beigemischt war. Der französische Imperator stand nicht an, den von Görres mit glänzendem journalistischen Geschick geleiteten „Rheinischen Merkur“ als die fünfte feindliche Großmacht zu bezeichnen.

Vom Schauplatz der Revolution räumlich am weitesten entfernt lebte ihr treuester Anwalt in Deutschland: Immanuel Kant, der Alte vom Königsberge, wie Goethe ihn scherzhaft, aber mit respektvoller Distanz anredete. Er hatte das 60. Lebensjahr überschritten und mit den drei Vernunftskritiken seine Hauptarbeit geleistet, als die revolutionären Ereignisse in Frankreich ihn veranlaßten, seine schriftstellerische Tätigkeit der Politik zuzuwenden, d. h. der Frage, welche rechts- und geschichtsphilosophischen Folgerungen für das Ganze seines Systems sich daraus ergaben. Kein Zweifel: seine zahlreichen Anspielungen auf die französische Revolution atmen warme Sympathie, und selbst ihre Schreckenstaten vermochten ihn nicht von der Meinung abzubringen, daß die Revolution eine allgemeine, notwendige und von der Vorsehung gewollte Wirkung auf die *„moralische Anlage im Menschengeschehen“* bezwecke und darstelle. Kant erblickte also in der französischen Revolution weit mehr als ein sensationelles politisches Geschehen, sie war für ihn auch nicht ein bloßes epochemachendes Ereignis der empirischen Geschichte, sondern geradezu eine Bestätigung seiner liberalen, fortschrittlichen Geschichtsphilosophie, als deren Endziel er *„eine vollkommen gerechte bürgerliche Verfassung“* bezeichnet hatte.

Denn wo sollte der Sinn der Geschichte sonst gesucht werden, wenn man sie nicht als ein bloßes Durcheinanderstürmen der Völker und Staaten auffassen wollte? Dem kritischen Philosophen bot sie sich dar als Fortschritt der Menschheit von selbstverschuldeter Unmüdigkeit zu moralischer Verantwortung, als Darstellung des Rechtes im Bewußtsein der Freiheit. Mußte ihm da die französische Revolution nicht wie ein erster verheißungsvoller Durchbruch zum Lichte erscheinen? Würden alle Staaten sich nach Prinzipien des Rechtes einrichten, so müßte das von selbst zu einem allgemeinen weltbürgerlichen Zustande führen, zu einem ethischen Gemeinwesen, einer Republik unter Tugendgesetzen. Als nächste Etappe auf diesem Wege stellte Kant die Idee des Völkerbundes getrost in die politische Wirklichkeit, die sich soeben anschickte, Europa in einen 20jährigen Krieg zu stürzen. Dennoch

war es kein utopischer Pazifismus, dem er in seinem Traktat vom ewigen Frieden huldigte; er wußte, daß die Hochziele der Menschheit nur unter Opfern und auf Umwegen, durch den Antagonismus der Leidenschaften — Hegel wird später sagen: die List der Vernunft — erreicht werden. Seine kühle und lautere Männlichkeit, weltoffen wie sie war, hielt sich fern von aller Sentimentalität.

So wirkte Kant aus der Tiefe und Weite seines Geistes im Dienste der ewigen, unverlierbaren Menschenrechte auf seine Zeit, und diese Wirkung war unermeßlich. „Wenn die Königsberger Post umwirft, sitzt

jeder auf dem Trockenen“, schreibt der junge Friedrich Schlegel, und Fichte hat in ergreifenden Worten selbst geschildert, wie die Lektüre Kants ihn völlig umgewandelt, ihm den Glauben an die Freiheit fest in das Herz gepflanzt habe. Schiller, Hegel, Schelling, die romantische Schule und von den Männern der konservativen Praxis Möser, Rehberg und Friedrich Gentz — sie alle haben in Zustimmung oder Widerspruch seinen Einfluß gespürt. Noch 1842 hat der junge Karl Marx die Staatslehre Kants auf die knappe Formel gebracht, sie sei die deutsche Theorie der französischen Revolution.

Goethe und die Romantik

Zwischen der älteren und der jüngeren Generation eine Geistesmacht für sich, erlebte Goethe auf der Gipfelhöhe seines Lebens die Revolution. Wie hätte er ihren geistigen Elan nicht freudig mitfühlen, wie ihren Überschwang und ihre gärende Gewalttätigkeit nicht mißbilligen sollen?

*Denn wer leugnet es wohl, daß hoch sich das Herz ihm erhoben,
Ihm die freiere Brust mit reineren Pulsen geschlagen,
Als sich der erste Glanz der neuen Sonne heranhob,
Als man hörte vom Rechte der Menschen, das allen gemein sei,
Von der begeisternden Freiheit und von der löblichen Gleichheit!*

So schilderte er 1797 in „Hermann und Dorothea“ rückschauend das allgemeine Hochgefühl in der Geburtsstunde der Revolution. Was danach kam: Enttäuschung, Beschämung, Erbitterung lesen wir in den „Venetianischen Epigrammen“ von 1790:

*Frankreichs traurig Geschick die Großen mögen's bedenken,
Aber bedenken fürwahr sollen es kleine noch mehr!
Große gingen zu Grunde; doch wer beschützte die Menge
Gegen die Menge? Da war Menge der Menge Tyrann.*

Dieser unerbittliche Blick für die Realitäten verdunkelte ihm die Freude an den Idealen, die sie überwölbten; er vermochte nicht wie Kant die hochgemute geschichtsphilosophische Brücke zwischen ihnen zu schlagen. Gegen das „wunderliche, unsichere Wesen der Geschichte“ hegte er die unüberwindliche Abneigung des Naturforschers; das Willkürliche, Zufällige, Unberechenbare, mit dem sie behaftet schien, flößte ihm Unbehagen und Mißtrauen ein — wieviel mehr die Politik mit dem ständig drohenden Aufbruch der chaotischen Mächte aus der Tiefe! Denn Goethe war und blieb der Mann der Ordnung, der Gesetzlichkeit und des Maßes. „Ich will lieber eine Ungerechtigkeit begehen“, sagte er 1792 bei der Belagerung von Mainz, „als Unordnung ertragen“. Daher seine Abkehr von der Revolution und seine Bewunderung für ihren Bändiger Napoleon. Die jüngere Generation konnte das nicht verstehen. Denn bei Goethe lag das Politische in einer ganz anderen Erlebnisschicht als bei den Männern, die an den Freiheitskriegen mit jugendlich erregtem Herzen teilnahmen. Für ihn war die Politik nicht das Schicksal schlechthin wie für die später Geborenen, die unter den Fittichen des Nationalismus ein bewegtes, aber auch stets umdrohtes Dasein führten. Er gehörte mit seinem universalen Bildungsstreben noch ganz dem 18. Jahrhundert an. Noch nach der Völkerschlacht von Leipzig ist Wilhelm von Humboldt ganz entsetzt über seine Gleichgültigkeit für alles Politische und Deutsche, und später haben ihn die Liberalen, Männer wie Gervinus und Börne, bitter getadelt, weil er das handelnde Leben vernachlässigt habe, weil er unpolitisch und unnational gewesen sei. In solchen ungerechten Urteilen spiegelt sich der Wandel der Zeiten. Goethe selbst hat sich getrost neben Blücher gestellt und auch einen Befreier genannt, freilich nicht von politischen, sondern von geistigen Banden, von „Philisternetzen“. Das mit den Freiheitskriegen emporsteigende Zeitalter des politischen Liberalismus konnte diesen Horizont nicht erweitern, sondern allenfalls verengen und die Menschen dann auch wieder zu Philistern machen.

Im Grunde war Goethe genau wie die Liberalen kein Freund eines in die individuelle Sphäre eingreifenden staatlichen Gesamtwillens. Kaiser und Reich machten sich ja auch nicht als eine solche einschränkende Autorität geltend, und im Deutschen Bunde der Ära Metternich, der an der föderativen Struktur des alten Reiches noch immer festhielt, erblickte Goethe, ohne je „reaktionär“ zu sein, eine von ungewissen Experimenten sich fernhaltende Friedensordnung, eine Bürgerschaft für ungestörte kulturelle Expansion.

*Klein ist unter den Fürsten Germaniens freilich der meine,
Kurz und schmal ist sein Land, mäßig nur, was er vermag.
Aber so wende nach innen, so wende nach außen die Kräfte
Jeder: da wär' es ein Fest, Deutscher mit Deutschen zu sein.*

So klingt es mit ungebrochener Zuversicht, wenn auch sehr unpolitisch, aus den Venetianischen Epigrammen. Unpatriotisch wollte Goethe nicht sein. „Glauben Sie ja nicht“, sagte er zu dem Jenenser Historiker Luden, „daß ich gleichgültig wäre gegen die großen Ideen Freiheit, Volk, Vaterland. Nein, diese Ideen sind in uns, sie sind ein Teil unseres Wesens, und niemand vermag sie von sich zu werfen.“ Goethes Patriotismus war eben kein Nationalismus, er nährte sich nicht vom Haß und hatte nichts Ausschließendes. Die französische Besetzung von 1813 lastete auf ihm mehr in der Form des Unbehagens angesichts eines gesetzlosen Zustandes, er schlug die Gefahr, die vom Westen drohte, geringer an, als die östliche. Denn vom Westen kam die Zivilisation, vom Osten aber die Barbarei, die Gewalt und das Ungewisse. „Wir sehen endlich wieder Kosaken“, heißt es in einem Gedicht, „die haben uns vom Tyrannen befreit, sie befreien uns wohl auch von der Freiheit.“

Hier haben wir ein erstes frühes Wetterleuchten jener weltanschaulichen Antithese, die sich im Zeichen der Freiheit räumlich zu fixieren beginnt und ihre Grenze langsam, aber ständig von Osten nach Westen vorgeschoben hat. Goethe konnte sich darüber hinwegtrösten, da ihm noch unwandelbare Sterne leuchteten: „Gottes ist der Orient, Gottes ist der Okzident: nord- und südliches Gelände ruht im Frieden seiner Hände.“

Die Romantik sammelte sich um den Namen Goethes, als sie zwischen 1789 und 1813 von Jena und Berlin aus den breit angelegten Versuch unternahm, dem französischen „esprit classique“ und der Aufklärung ein eigenes deutsches Weltbild von universaler Prägung gegenüberzustellen. Sie begann durchaus nicht revolutionsfeindlich. Friedrich Schlegel bezeichnet in einem Lyceumsfragment von 1799 die französische Revolution, Goethes „Wilhelm Meister“ und Fichtes Wissenschaftslehre als die drei größten Tendenzen des Zeitalters. Und hatte nicht Caroline Schlegel, die spätere Gattin Schellings, in der Anregung wie im Angriff eine der führenden Gestalten des frühromantischen Kreises, 1792 in Mainz an der Seite Georg Forsters Partei für die Jakobiner ergriffen? Eine mehrmonatige Haft auf der Festung Königstein war die Folge dieses galanten politischen Abenteurers gewesen. Spießbürgerlich konnte man die Mitglieder dieses Kreises bei Gott nicht nennen. „Über ein Gedicht von Schiller“, schreibt Caroline 1799 an ihre Tochter, „das Lied von der Glocke, sind wir gestern Mittag fast von den Stühlen gefallen vor Lachen.“ Die ansteckende Bohème der Revolution pflanzte sich vom Rhein in das Innere Deutschlands fort.

Aber hier herrscht noch eine völlige politische Windstille. Die einzige Möglichkeit, politisch zum Volke zu reden, bot sich in Deutschland auf dem Theater, seit Lessing ein bürgerliches Drama geschaffen hatte. Seine Absicht war dabei gewesen, das deutsche Theater von dem beherrschenden französischen Einfluß zu befreien, aber gerade das bürgerliche Trauerspiel, das er von England nach Deutschland verpflanzte, wurde wieder — man denke nur an das Beispiel Schillers — eines der hauptsächlichsten Mittel, den neuen französischen Ideen Eingang in Deutschland zu verschaffen.

Wie dem auch sei: das neue Lebensgefühl, dem Rousseau zuerst Ausdruck verliehen hatte, konnte in Deutschland nur in der schönen Literatur, in der Wissenschaft und in der Philosophie zur Geltung gelangen. Wer in Deutschland das breite Publikum erreichen wollte, durfte nicht

politisch reden, da er mit jedem Wort auf die Zensur und mit jedem Schritt auf einen Grenzpfahl stieß. So hat damals Friedrich Schlegel seinem Freunde Hardenberg warnend zugerufen: „Nicht in die politische Welt verschleudere du Glauben und Liebe, aber in der göttlichen Welt der Wissenschaft und Kunst opfere dein Innerstes in den heiligen Feuerstrom ewiger Bildung.“ Und Novalis antwortete: „Ich folge diesem Worte, teurer Freund.“ Wenn Fichte in Jena seine Zuhörer zum Handeln aufforderte, so wirkt das beinahe komisch angesichts der Tatsache, daß ein Schauplatz zum Handeln nicht vorhanden war. Aber man wußte sich zu helfen und machte das Handeln zu einem intensiven Betrachten, man nannte es intellektuelle Anschauung und verlegte sich darauf, die Welt aus dem Ich herauszuspinnen. „Wo gehen wir denn hin?“ fragt Novalis, und er antwortet: „Immer nach Hause . . . nach innen geht der geheimnisvolle Weg.“ Das war der äußerste Gegensatz zu dem, was in Paris auf der politischen Bühne vor sich ging. Dort wollte man eine neue Welt ins Leben rufen. Novalis schob das mit freundlicher Gelassenheit beiseite:

*Welten bauen genügt dem tiefer dringenden Sinn nicht,
Aber ein liebendes Herz sättigt den strebenden Geist.*

Leben, lieben und vergeistigen bedeuten den Romantikern ein und dasselbe. Sie erleben die Welt als Bewegung, aber als Bewegung des Geistes im Gemüt. Reduktion der Naturgesetze auf Gemüt, Geist und Willen ist das kühne Streben der romantischen Naturphilosophie. Der Mensch wird definiert als „schaffender Rückblick der Natur auf sich selbst“, die Welt als Makroanthropos oder als Universalthropus des Geistes. Der Angelpunkt der Welt liegt im Gemüt, und ohne Zutun und Beisein des Gemüts gibt es nichts Reales.

Goethe konnte diesen schwindelerregenden Gedankenspielen nur mit Kopfschütteln zusehen, er sagte kurz und bündig: Das Klassische ist das Gesunde und das Romantische das Kranke. Mit letzterem meinte er das ihm unsympathische Übermaß von Subjektivität. Aber die Romantiker empfanden es nicht so. Sie waren keine Hypochonder. Sie gehörten nicht zu dem Menschen, die sich der Einsamkeit ergeben. In geselligen Zirkeln kamen sie zusammen und schmiedeten sie gemeinsam ihre Fragmente, Satiren, Sonette und ihre Philosophie. Friedrich Schlegel ergänzte den kategorischen Imperativ Kants nach der politischen Seite durch den Satz: „Gemeinschaft der Menschen soll sein oder das Ich soll

mitgeteilt werden.“ Das Spiel der Mitteilung und Annäherung sei das Geschäft und die Kraft des Lebens, Vermitteln und Vermitteltwerden das ganze höhere Leben des Menschen. Novalis übertrumpfte ihn noch mit dem Geständnis, das Leben des Universums erscheine ihm wie ein ewiges tausendstimmiges Gespräch: „Einst soll keine Natur mehr sein, in eine Geisterwelt soll sie allmählich übergehn.“

Von solchen und ähnlichen Expektorationen mußte sich Goethe abgestoßen, ja geradezu herausgefordert fühlen. Denn hier wurde der Natur die Geschichte als das Interessantere, das Wissenswerte, als das eigentliche Element des forschenden Menschengenies gegenübergestellt. Friedrich von Hardenberg, der aus der Verwaltung und dem Bergfach kam, übertrug naturwissenschaftliche Begriffe mit größter Unbefangenheit auf die Geschichte, so nannte er die Epochen Kristallisationen des historischen Stoffes. Ihm war die Geschichte nicht wie den Aufklärern das Reich einer sich ständig ausbreitenden Verstandeskultur, sondern ein Abyssus von Individualität: wie in einem lebendigen Organismus kreisen darin die treibenden Kräfte und lösen sich im Wechsel entgegengesetzter Bewegungen ab. Als das Wesentliche der Geschichte erschien den Romantikern nicht ihr tatsächlicher Inhalt und ihr pragmatischer Ablauf, sondern der innere Gang und Geist der Begebenheit; nicht Ursachen und Wirkungen, sondern herrschende und leitende Ideen, entscheidende Momente, kritische Wendepunkte. Hierin erblickten sie den Ewigkeitscharakter der Geschichte, deren Sinn sich an jeder Stelle verwirklichen muß; alle positiven Formen rückten dabei in das Zwielicht der Relativität.

Wir nennen diese Anschauungsweise mit einem modernen Wort „Historismus“. Mit der Romantik tritt der Historismus zum ersten Mal als universale Bildungsmacht in das abendländische Bewußtsein, und darin liegt ihre eigentliche Bedeutung. Ernst Troeltsch hat sie als eine volle und wirkliche Revolution, als ein Unendlich- und Progressivwerden der Klassik bezeichnet. Dem Universalismus der Vernunft setzte sie die Universalität des Mitgefühls entgegen, der aufdringlichen Allgegenwart des Staates das göttliche Geheimnis des persönlichen Lebens. Man sah die Zukunft durch die Brille der Vergangenheit, man lebte in der Gegenwart, als hätte man sie nicht, und Friedrich Schlegel, der nie verlegen war, wenn es galt, eine neue Erkenntnis auf eine paradoxe Formel zu bringen, erhob sich zu dem erstaunlichen Satze, der Historiker sei ein rückwärts gekehrter Prophet.

Der Historismus in Deutschland: Ranke

Was für eine tiefe Wahrheit darin steckte, wurde erst offenbar, als dieser Prophet wirklich erschien. Es war niemand anders als unser größter Historiker Leopold von Ranke. Sein Bekenntnis: „Ich möchte mein Selbst gleichsam auslöschen, um nur die Dinge reden zu lassen“ bezeugt eine schlichte christliche Demut im Dienste der Wahrheit. Diesen transzendenten Beziehungspunkt hatte Ranke mit der Romantik gemein, aber auch die räumliche Abgrenzung seines universalhistorischen Blickfeldes, das er auf die romanisch-germanischen Völker beschränkte; er ließ die Slawen und vor allem Rußland außer Betracht. Es war jene von göttlichem Anhauch berührte Schicksalsgemeinschaft, die er in seinem Erstlingswerk von 1824 fast mit den Worten von Novalis als einen „geheiligten Verein“ vorstellte. Der lebt zwar in fortwährenden inneren Spannungen und Entzweigungen, aber immer wieder entbinden sich daraus gemeinsame Ideen, Prinzipien, Tendenzen, die verhindern, daß dieser lebendige Organismus auseinanderbricht. So sagt Ranke in seiner „Französischen Geschichte“ über die absolute Monarchie Ludwigs XI. und das von den Ständen reklamierte Steuerbewilligungsrecht: „Eben dies sind die Gegensätze, die in den romanisch-germanischen Staaten ewig einander widerstreben. Von dem Begriff der erblichen Monarchie und der absoluten Gewalt des Staates aus würde man zur allgemeinen Knechtschaft, von dem Begriff des ständischen Wesens und der individuellen Freiheit aus zur Republik oder zur Wahlmonarchie kommen. Auf der Gegenwirkung beider Prinzipien und ihrer gegenseitigen Einschränkung beruhen unsere Staaten.“

Hier stoßen wir auf ein zentrales Anliegen dieser vom Streben nach strenger Objektivität geleiteten Geschichtsschreibung. Sie war keineswegs voraussetzungslos, aber sie holte sich ihren Wahrheitsbegriff aus der Geschichte selbst „wie sie eigentlich gewesen“. Von dieser kritisch-philologisch erforschten Geschichte glaubte Ranke eine Bestätigung da-

für zu empfangen, daß das revolutionäre Prinzip niemals allein den Kampfplatz behaupten werde. Hier wurde er zum rückwärts gekehrten Propheten; denn die Geschichte stellt solche Bestätigungen nicht aus.

Ranke hat als Historiker niemals eines schiedsrichterlichen Amtes walten wollen, er hat sich auch nie auf den Standpunkt der Vorsehung gestellt, obwohl er glaubte, daß Gott in aller Geschichte wohne, lebe und zu erkennen sei. Aber er hatte von Hause aus eine persönliche Hinneigung zur erblichen Monarchie von Gottes Gnaden, wie er sie in klassischer Vollendung in Ludwig XIV. von Frankreich und in der romantischen Abwandlung in Friedrich Wilhelm IV. von Preußen verkörpert sah, in dessen nächster Umgebung er lebte. Das revolutionäre Frankreich, das sich an die Stelle des Königtums gesetzt hatte und die ganze Welt einnehmen wollte, flößte ihm Furcht und Widerwillen ein. So rief ihn die Juli-Revolution auf den Plan; in der von ihm herausgegebenen „Historisch-politischen Zeitschrift“ zeigte sich seine irenische, auf den Ausgleich und die Vermittlung gerichtete historische Muse von einer militanten Seite. Nicht im Sinne der preußischen Ultrakonservativen; für die konstitutionelle Monarchie wollte er eine Lanze brechen, für das erbliche, aber verfassungsmäßig beschränkte Königtum. Er wollte das Prinzip der Volkssouveränität nicht völlig ausschließen, aber „mit dem revolutionären Geist allein“, sagt er, „kann kein Staat haushalten“. Und das trieb ihn in eine entschiedene, auch national begründete Abwehrstellung gegen das Nachbarvolk. „Alle geistigen Bestrebungen unserer guten Zeit, alle wissenschaftlichen Erwerbungen unserer großen Männer, alles was den Deutschen einen Namen machte, es ist im Gegensatz gegen Frankreich gelungen.“ Härter konnte man es kaum ausdrücken. Die Nachahmung des französischen Beispiels dünkte ihn schon eine Art von Knechtschaft: „Eine uns eigene, große, deutsche Aufgabe

haben wir zu lösen, den echt-deutschen Staat haben wir auszubilden, wie er dem Genius der Nation entspricht."

Zwei Dezennien später, in den privaten Vorlesungen für König Max von Bayern, sieht Ranke zwar die Auseinandersetzung der beiden feindlichen Prinzipien, der Monarchie und der Volkssouveränität, noch immer als eine der leitenden Tendenzen der Zeit an, aber er stellt jetzt, mitten im Krimkrieg, die Notwendigkeit des Nationalitätsprinzips zur Konstituierung von Nationalstaaten in Abrede: dies eine deutliche Kritik an der deutschen Revolution von 1848 vom Standpunkt des Primats der auswärtigen Politik, den Ranke mit Bismarck teilte. Die Reichsgründung veranlaßte ihn 1875, in seinem 80. Jahre, dem Ursprung der Revolutionskriege von 1791/92 eine besondere Untersuchung zu widmen. Es war gleichzeitig eine kritische Auseinandersetzung mit der Auffassung Heinrich von Sybels, der in seiner Revolutionsgeschichte die Schuld an dem Kriegausbruch eindeutig den Girondisten zugeschoben hatte. Ranke sah die Dinge im Lichte eines unabwendbaren, tragisch-historischen Konfliktes, dessen eigentliche Triebkräfte nicht die Menschen, sondern die Prinzipien waren: *„Die Politik suchte den Frieden; die universalen Gegensätze stellten den Krieg in Aussicht.“*

Weitere zehn Jahre später, an seinem 90. Geburtstage, zog Ranke in einer improvisierten Dankrede an die versammelten Gratulanten ein in seiner geistigen Prägung und Frische bewundernswertes Fazit seines langen Lebens, und wiederum stellte er Franzosen und Deutsche in den Mittelpunkt seiner Betrachtung: *„Das sind die beiden Nationen, auf deren gegenseitiger Einwirkung die Weltgeschichte größtenteils beruht.“*

Der Durchbruch zur europäischen Integration

Mit dieser rückwärts gekehrten Prophetie verabschiedete sich Ranke von seinen Zeitgenossen. Sie enthielt als historische Feststellung nichts Unrichtiges; als Prophetie wurde sie von der Geschichte widerlegt, weil man aus der Geschichte nicht weissagen kann. Die konstitutionelle Monarchie des 19. Jahrhunderts, über welche hinaus sich Ranke keine höhere Stufe christlich-abendländischer Gesittung vorstellen konnte, war nicht das letzte Wort der europäischen Geschichte. Aber darin sollte er Recht behalten, daß jeder Schritt aus der hallyonischen Windstille heraus, in der er lebte, nur auf der schiefen Ebene vollziehbar war, in der Richtung der Barbarei und der Bestialität, wie es Grillparzer schon 50 Jahre früher gesehen hatte. Im ersten Weltkrieg stürzte die Monarchie, aber der Triumph der Volkssouveränität war nur von kurzer Dauer; denn er war mit Nationalismus durchsetzt und warf die Mitte Europas aus ihrem Gleichgewicht. So hob er sich selber auf und öffnete damit einem neuen Weltkrieg die Tore, den die klassische Demokratie, ihres unbestrittenen Ansehens beraubt, nicht mehr als alleinige Siegerin zu beenden vermochte. Kein geringerer als Winston Churchill hat diesen Ausgang als Pyrrhussieg empfunden, als Tragödie des Sieges, die einfach darin besteht, daß sich aus der Agonie dieses beispiellosen Völkerringens von Osten her eine neue antithetische Situation aufzubauen begann: der Gegensatz zweier Gesellschafts- und Herrschaftsformen, die jede für sich die Welt einzunehmen gedenken. Wo hier die Grenzen verlaufen, ist nicht immer deutlich zu sehen, aber wo man sie sieht, durchschneiden und trennen sie geschlossene Volkskörper, bilden sie gefährliche Reibungsflächen, die jeden Augenblick in offenem Brande emporlodern können.

Beide Weltkriege hatten eine gemeinsame Wurzel: die in keinen haltbaren Bindungen mehr ruhende, vom Nationalismus beflügelte Macht- und Prestigepolitik der großen Mächte, die sich über ungelösten Territorial- und Kolonialfragen in Mitteleuropa, im Nahen und Fernen Osten und in Afrika immer wieder veruneinigten. Dazu kam die prekäre, der Gefahr des Zweifrontenkrieges ausgesetzte Mittellage des jungen Deutschen Reiches, das sich von der demokratischen Ideologie des Westens durch seine aus den polnischen Teilungen stammenden Ostgebiete getrennt sah und auf seinen alten Bundesgenossen Rußland nicht mehr verlassen konnte; denn Panslawismus und später Bolschewismus drängten immer stärker gegen Mitteleuropa vor.

Für Deutschland war und blieb dabei sein Verhältnis zu Frankreich von entscheidender Bedeutung. Das hatte Ranke völlig richtig gesehen. Aber gerade hier wirkte der durch den Versailler Vertrag von 1919 neu entfachte Antagonismus hemmend, störend, vergiftend. Kurz nach dem ersten Weltkrieg zog der Tübinger Historiker Johannes Haller

Als Jüngling hatte er das scheinbar unaufhaltsame Vordringen der revolutionären Kräfte unter einer genialen Kriegführung tief nach Deutschland hinein erlebt, den Fall Preußens und seine Wiedererhebung. *„Napoleon“*, so fährt er fort, *„verschwand, der revolutionäre Gedanke blieb, die erste Restauration wurde umgeworfen, eine neue Revolution vollzog sich; auch diese konnte sich nicht behaupten; eine Republik entstand, ein neuer Napoleon trat auf.“* Da wurde die Versuchung noch einmal mächtig, die Revolutionskriege zu erneuern, und wieder richtete sich der Stoß gegen Preußen, das eben bei der Bildung des deutschen Nationalstaates begriffen war: es nahm die Herausforderung an und überwältigte mit seinen deutschen Verbündeten den revolutionären Cäsarismus — ein für alle Mal, wie Ranke glaubt. Die Stimme versagt ihm: *„Hier möchte ich weinen, das kleine Brandenburg und das große Frankreich! Möchte nun aber zwischen beiden Nationen Wetteifer, nicht Feindseligkeit herrschen!“*

Das Ganze klingt in einem persönlichen Bekenntnis aus, mit dem Ranke den Kreis schließt. Der große Prinzipienkampf zwischen Monarchismus und Republikanismus hat in einer Gleichgewichtslage geendet; keines der beiden Prinzipien konnte das andere überwältigen. Darauf aber beruhte der ungeahnte Aufstieg der Wissenschaften in Deutschland. Für die Historie im besonderen bedeutete die Niederlage der revolutionären Kräfte die Sicherstellung eines objektiven Geschichtsbildes, die Möglichkeit eines unparteiischen Rückblicks auf die früheren Jahrhunderte.

in einem glänzend geschriebenen und viel gelesenen Buch die Bilanz von tausend Jahren deutsch-französischer Beziehungen. Das Ergebnis war niederschmetternd für beide Teile: auf deutscher Seite viel guter Wille zur Verständigung, aber politisches Unvermögen und diplomatisches Ungeschick, auf französischer Seite kein echter Wille zur Verständigung, aber eine hervorragende Diplomatie immer auf der Suche nach neuen Eroberungen und nie verlegen um eine Rechtfertigung dafür. Haller zitiert Tocqueville, der in den fünfziger Jahren angesichts der Spuren, die das erste Kaiserreich in Deutschland hinterlassen, in die Klage ausbricht: *„Aus unseren natürlichen Bundesgenossen haben wir unsere schlimmsten Feinde gemacht.“* Der zweimaligen Herausforderung des Bonapartismus folgte die deutsche Antwort auf dem Fuße; was blieb, war eine Wand des Mißtrauens, ja des Hasses, unübersteiglich, wider alle Vernunft. So trifft sich Haller mit seinem französischen Kollegen Ernest Lavisse in der bitteren Erkenntnis: Zu spät — zwischen diesen beiden Völkern gibt es keine Versöhnung mehr, zum Unglück für sie selbst und für die ganze Welt.

Aber auch diese pessimistische Prognose ist so wenig wie die optimistische Rankes von 1885 durch die Geschichte bestätigt worden. Allerdings gehörte ein zweiter Weltkrieg und der Zusammenbruch des Deutschen Reiches dazu, um die chinesische Mauer des Argwohns zwischen den beiden Völkern endlich zu durchbrechen. Heute stehen weder die französische Revolution und Napoleon noch die Romantik, Bismarck oder welche Reaktion immer trennend zwischen Deutschland und Frankreich. Im Jahre 1950 haben auf einem Treffen deutscher und französischer Historiker in Speyer die französischen Germanisten Edmond Vermeil und Jacques Droz die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer deutsch-französischen Verständigung einer kritischen Prüfung unterzogen. Ihre Analyse war um so bemerkenswerter, als sie erkennen ließ, wie wenig Übereinstimmung allein in den entscheidenden Grundbegriffen besteht. So wendet Vermeil die Wörter „konservativ“ und „revolutionär“ auf Tatbestände an, die wir genau entgegengesetzt beurteilen. Er nennt den Humanismus der klassischen französischen Epoche konservativ, obwohl die Revolution daraus hervorging, und die Individualitätsphilosophie der deutschen Romantik revolutionär, obwohl sich die Reaktion in Deutschland auf sie stützte. In ihrem universalistischen Rang stellt er beide Bewegungen einander gleich, und er betrachtet sie ihrer Natur nach als komplementär, ohne freilich das tertium comparationis angeben zu können. Droz kommt darin einen Schritt weiter, weil er die Verschiedenheit der Ausgangspunkte an dem Begriff der „nation“ erläutert, wo man sie in der Tat klar erfassen kann: Die französische Auffassung hat von allem Anfang einen politischen Ein-

schlag, zielt auf den Vertrag, auf die Zustimmung (Renan: la nation un plébiscite de tous les jours), während die deutsche Auffassung, begründet von Herder und der Romantik, sich umgekehrt an das Unbewußte, das von Gott und der Natur Gegebene, an das Schicksalhafte hält; es sei zwecklos, sagte Droz, eine Brücke zwischen ihnen schlagen zu wollen. Aber beide Universalismen haben darin etwas Gemeinsames, daß sie zur Exaltation neigen, wenn sich der Nationsbegriff mit einer Missionsidee verbindet; dann finden die gefährlichen, unkontrollierbaren Übergänge von der Sphäre des Geistes in die Sphäre der Macht statt, die keine Verständigung mehr zulassen. Hier können und müssen, so meinen Vermeil und Droz übereinstimmend, die notwendigen Restriktionen auf beiden Seiten erfolgen.

Das aber setzt, so möchten wir hinzufügen, ein hohes Maß von Selbsterkenntnis und Selbsterziehung voraus, das nur aus einem gegenseitigen besseren Kennenlernen gewonnen werden kann, in einer ständigen Ausdehnung der persönlichen Kontakte und dem Zusammenwirken beider Völker in gemeinsamen europäischen Institutionen. Die Montan-Union, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, das Euratom, die NATO, der Europarat — sie alle sind unschätzbare Hilfen auf diesem Wege. Denn nichts Schlimmeres könnte uns, Europa, ja der ganzen Welt zustoßen als der Rückfall in eine antiquierte nationale Prestige-Politik.

Anmerkung: Prof. Dr. Kurt Borries, em. Extraordinarius für Neuere Geschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

GUNTHER WAGENLEHNER

Kapitalistische Ausdrücke mit sozialistischem Inhalt in der Sowjetwirtschaft

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages Klevenheuer u. Witsch, Köln-Berlin, veröffentlichen wir aus der demnächst erscheinenden Untersuchung „Das sowjetische Wirtschaftssystem und Karl Marx“ das nachfolgende Kapitel.

Die sozialistische Produktionsweise

Seitdem am 5. Dezember 1936 die sogenannte Stalinsche Verfassung Gültigkeit erlangte, bezeichnet man in der Sowjetunion dieses Wirtschaftssystem als sozialistisch. Angeblich ist der Sozialismus in der Sowjetunion verwirklicht, und die sowjetische Wirtschaftstheorie beschäftigte sich in den Jahren nach 1936 ausgiebig mit dem Versuch, diese Behauptung zu rechtfertigen. Eine fast unüberschbare Fülle von Artikeln und Einzeldarstellungen ist inzwischen zur Begründung des sowjetischen Sozialismus geschrieben worden, bis im Jahre 1954 die erste umfassende Darstellung als Lehrbuch von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR herausgegeben wurde: Politische Ökonomie, an die wir uns auch weiterhin halten wollen.

Nach der Beschäftigung mit der sowjetischen Praxis soll nun im Mittelpunkt der folgenden Untersuchungen die sowjetische Theorie stehen — insbesondere die Behauptung, der Sozialismus sei in der Sowjetunion in Übereinstimmung mit den Voraussagen von Karl Marx als Übergangsstadium zum Kommunismus verwirklicht worden.

Wahrscheinlich ist in den letzten Jahrzehnten kein Begriff so häufig gebraucht worden wie das Wort: Sozialismus. Und da Gegner wie Anhänger es in so verschiedener Weise verwenden, erscheint es unzweckmäßig, nach einer allgemeingültigen Regel zu suchen, was eigentlich unter Sozialismus zu verstehen ist. Das Ergebnis der bisherigen Bemühungen in Ost und West, zu einer verbindlichen Definition zu gelangen, läßt keinen Zweifel daran, daß es eine solche, von allen Seiten anerkannte Auffassung nicht gibt.

Wir müssen feststellen, daß — um nur die Hauptgegensätze zu nennen — die verschiedenen Vorstellungen zwischen den westlichen Sozialisten und den Kommunisten zu einer Polemik geführt haben, bei der jede Seite ihre besten Argumente ins Feld führt, ohne die andere Seite von der Richtigkeit der eigenen überzeugen und noch viel weniger zu ihrer Anerkennung zwingen zu können.

Weil also niemand den Sowjets vorschreiben kann, ob sie berechtigt sind, sich sozialistisch zu nennen oder nicht, ist es besser, auf jede nutzlose Polemik zu verzichten. Der Ausgangspunkt der weiteren Betrachtungen besteht folglich in der Frage: Was verstehen die Sowjets unter Sozialismus?

Ein Kapitel der Politischen Ökonomie trägt die Überschrift: „Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln — die Grundlage der Produktionsverhältnisse des Sozialismus.“¹⁾

Wir erfahren daraus, daß die Beschaffenheit der Eigentumsverhältnisse das Hauptkriterium für den Sozialismus ist. Die Inbesitznahme der Produktionsmittel durch den Staat und die Bildung von Kollektivwirtschaften in der Landwirtschaft — das sind nach sowjetischer Ansicht die entscheidenden Taten für die Errichtung des Sozialismus in der Sowjetunion gewesen. Folgerichtig waren 1936 nach Abschluß der Enteignungsmaßnahmen „die Grundlagen des Sozialismus gelegt“.

Aber die Eigentumsverhältnisse sind nicht das alleinige Kriterium für den Sozialismus. Wären sie das, so müßte die Sowjetunion jede Vergesellschaftung von Produktionsmitteln als sozialistische Maßnahme ansehen. Wenn also zur Anerkennung sozialistischer Eigenschaften nur maßgebend sein soll, ob die Produktionsmittel privaten Eigentümern gehören oder Gruppen- bzw. Staatseigentum sind, dann müßte sich die Sowjetunion zwangsläufig bereitfinden, die Nationalisierung von Post, Eisenbahn oder Großbetrieben der Stahlindustrie im westlichen Ausland genau so als Sozialisierung anzuerkennen, wie die Bildung von Aktiengesellschaften.

Sie denkt nicht daran, weil außer dem Hauptkriterium — dem Eigentum an den Produktionsmitteln — weitere Kriterien beachtet werden müssen: Die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und die Produktionsweise.

Im Kapitalismus verfügt über die Produktionsmittel die Ausbeuterklasse oder der Ausbeuterstaat: die Bourgeoisie. Sie erzielt durch die Arbeit der besitzlosen Klasse ein Mehrprodukt, das sie nach eigenem Gutdünken verwendet.

In der Sowjetunion — so wird behauptet — verfügt über die Produktionsmittel der Staat im Auftrage der Arbeiter und Bauern. Zu ihrem Wohl verwaltet er die Wirtschaft und nach der jeweiligen Leistung verteilt er die erzeugten Güter. Da der Staat also nur die Funktionen der Gesellschaft wahrnimmt, Eigentümer der Produktionsmittel und der Fertigprodukte jedoch das Volk ist, kann keine Ausbeutung der Arbeiter erfolgen, weil sie sich schließlich nicht selbst ausbeuten können.

1) Politische Ökonomie, S. 445.

(Wir werden uns mit diesen Behauptungen noch ausführlich auseinandersetzen müssen und begnügen uns deshalb, sie vorläufig kommentarlos zur Kenntnis zu nehmen.)

Die sowjetische Argumentation läuft also darauf hinaus, daß durch Liquidierung des Privateigentums die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum übergegangen sind und der Staat mit dem Wirtschaftssystem der Planungsperiode die ökonomischen Grundlagen des Sozialismus geschaffen hat.

*„Das sozialistische Wirtschaftssystem und das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln, das sich infolge der Liquidierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und die Beseitigung der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen durchgesetzt haben, sind die ökonomische Grundlage der sozialistischen Gesellschaft.“*²⁾

Warenproduktion, Geld und Kredit als sozialistische Kategorien

Keinem Beobachter des sowjetischen Wirtschaftslebens kann entgehen, daß in der Sowjetunion Waren produziert werden, die einen bestimmten, in Geld ausgedrückten, Wert haben, und daß sich ein weitverzweigtes Bank- und Kreditwesen entwickelt hat. So bleibt auch der sowjetischen Wirtschaftstheorie nichts anderes übrig, als diese Tatsachen festzustellen. Man tut das mit kaum verhülltem Unbehagen, denn immerhin handelt es sich dabei um Merkmale eines Systems, das von den Sowjets selbst als kapitalistisch bezeichnet wird.

Die Entschuldigung für diese fatale Gemeinsamkeit der sozialistischen Wirtschaft mit dem Kapitalismus durch Gebrauch derselben Bezeichnungen besteht in der Behauptung, daß es sich zwar um kapitalistische Ausdrücke handelt, deren Inhalt sich aber grundsätzlich gewandelt habe.

Für uns ergibt sich daraus die Frage: Was zwingt die Sowjets dazu, kapitalistische Ausdrücke für angeblich sozialistische Erscheinungen zu verwenden?

Über die Warenproduktion im sowjetischen Wirtschaftssystem heißt es in der Politökonomie³⁾:

„Die Notwendigkeit der Warenproduktion im Sozialismus entspringt der Existenz der beiden Grundformen der sozialistischen Produktion: der staatlichen und der kollektivwirtschaftlichen Form.“

Das scheint auf den ersten Blick eine plausible Erklärung zu sein; denn in der Tat wird sowohl in Staats- wie auch in Kollektivbetrieben produziert. Folglich müssen die produzierten Güter ausgetauscht werden. Allerdings muß der Vollständigkeit halber hinzugefügt werden, daß außerdem auch in den privaten Nebenwirtschaften Waren erzeugt werden. Und schließlich findet ein außerordentlich wichtiger Umstand überhaupt keine Erwähnung, nämlich die Tatsache, daß sämtliche produzierten Konsumgüter als Waren an die Konsumenten — die sowjetische Bevölkerung — verkauft werden.

Wenn also die Notwendigkeit der Warenproduktion in der Sowjetunion allein damit begründet wird, daß zwei verschiedene Grundformen der Produktion bestehen, so läßt diese Begründung viele Fragen unbeantwortet — vor allem die Hauptfrage: Aus welchem Grunde müssen auch in der Sowjetunion, genauso wie in der kapitalistischen Produktionsweise, Waren für den Tausch und Verkauf produziert werden?

Immerhin ist nach sowjetischer Meinung diese Tatsache im Kapitalismus nicht gerade unwichtig:

*„Um das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise zu verstehen, muß man vor allem in Betracht ziehen, daß die kapitalistische Ordnung auf der Warenproduktion beruht.“*⁴⁾

Und es kann nicht befriedigen, wenn zum Unterschied von der kapitalistischen Warenproduktion die sowjetische eine „besondere“ sein soll, wie die Politökonomie meint:

*„Im Sozialismus ist die Warenproduktion keine gewöhnliche, sondern eine Warenproduktion besonderer Art. Es handelt sich um eine Warenproduktion ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln und ohne Kapitalisten.“*⁵⁾

Mit diesem lapidaren Satz wird nicht gesagt, wie diese ökonomische Grundlage beschaffen ist, d. h. worin sich die sozialistische Produktionsweise der Sowjetunion von der kapitalistischen unterscheidet.

Folglich haben wir uns damit zu befassen, wie in der Sowjetunion die sozialistische Produktion vor sich geht, und welche Unterschiede zur kapitalistischen Produktion vorhanden sind. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei gesagt, daß es sich um einen Vergleich mit der kapitalistischen Produktionsweise des 19. Jahrhunderts handelt, wie sie von Karl Marx beschrieben worden ist. Das ist nicht nur deshalb notwendig, weil sich die kapitalistische Produktionsweise seither wesentlich verändert hat, sondern weil die Sowjets Marx wohl für kompetent genug halten werden, die kapitalistische Wirtschaft richtig zu beurteilen.

Der Ansatzpunkt für eine solche Untersuchung der Produktionsweise in der Sowjetunion ist dadurch gegeben, daß einige ökonomische Kategorien, die von Marx als typisch kapitalistisch bezeichnet wurden, in der sowjetischen Wirtschaft weiterhin Verwendung finden.

Natürlich gibt es in der Sowjetunion keine Privateigentümer von Produktionsmitteln; aber das ändert nichts daran, daß alle produzierten Güter die Form von Waren haben, die — wie im Kapitalismus — einen zweifachen Wert besitzen: den Gebrauchswert und den Tauschwert, zu dem sie verkauft werden. Bei der Herstellung von Produktionsmitteln kann der Staat nicht auf die Warenform verzichten, weil die Betriebe in ihrer Rechnungslegung über ihre Produktion Rechenschaft ablegen müssen. Hier hätte vor 1958 noch mit einigem Recht behauptet werden können, daß die produzierten Waren nur der Form nach welche sind, da ihr Eigentümer der Staat bleibt, während sie unter den Betrieben nur ausgetauscht — also nicht verkauft werden. Aber nachdem seit 1958 Traktoren und Maschinen, also Produktionsmittel, an die Kollektivwirtschaften verkauft werden, ist auch dieser Einwand hinfällig.

Für den Verkauf dieser Konsumgüter kann diese Einschränkung ohnehin nicht erhoben werden; denn sie werden vom Staat, von Kosumgenossenschaften oder von Einzelpersonen an die Konsumenten verkauft. Sie wechseln also ihren Eigentümer und sind folglich nach Form und Inhalt Waren — in der (kapitalistischen) Bedeutung dieses Wortes.

Man hat in der Sowjetunion verschiedentlich den Versuch unternommen, bei Konsumgütern die Warenform aufzuheben, indem zum Beispiel Brot unentgeltlich an die Bevölkerung abgegeben wurde. Nach kurzer Zeit stellte sich aber heraus, daß sich der Versuch nicht bewährte, und so wurde er wieder eingestellt.

Ein solcher Versuch konnte auch nicht glücken, zumal er sich nicht auf alle Warenkategorien erstreckte. Die sowjetischen Wirtschaftstheoretiker würden zu ihrer Überraschung feststellen müssen, daß die Warenproduktion auch dann nicht aufgehoben wäre, wenn die „beiden Grundformen der sozialistischen Produktion“ — Staats- und Kollektiveigentum — beseitigt und zu einer Form verschmolzen würden. Karl Marx sah nicht im Privateigentum an den Produktionsmitteln die einzige Voraussetzung für die Tatsache, daß Waren produziert werden. Er hätte sie genauso wenig in der Koexistenz von Staats- und Kollektiveigentum gesehen.

Nach Marx war die Voraussetzung der Warenproduktion, d. h. der Tatsache, daß in einem Wirtschaftssystem Waren produziert werden, die Teilung der Arbeit.

Er war der Ansicht, daß die Notwendigkeit, Waren zu produzieren, auszutauschen und zu verkaufen, sich aus der Entwicklung der Arbeitsteilung zu einem komplizierten System der Verzweigung in viele Berufsarten und in unübersehbare, ineinander verschachtelte Herstellungs- und Verkaufsprozesse ergeben hat. Je mehr Menschen in den Produktionsprozeß eingespannt wurden, desto größer wurde ihre gegenseitige Abhängigkeit. Keiner kann das, was er zum Leben braucht, selbst herstellen. Es interessiert ihn gar nicht mehr, wer an der Herstellung der für ihn nötigen Güter mitwirkt. Es braucht ihn auch nicht zu interessieren, weil er sich das Notwendige als Ware kaufen kann.

Solange die komplizierte und unentwirrbar verästelte Teilung der Arbeit besteht, bei der niemand weiß, für wen er produziert und wer für seinen Bedarf produziert, müssen Waren hergestellt werden, die ausgetauscht und verkauft werden.

2) Politische Ökonomie, S. 445.

3) Politische Ökonomie, S. 501.

4) Politische Ökonomie, S. 81.

5) Politische Ökonomie, S. 502.

Marx meinte, daß man dieses gegenseitige Abhängigkeitsverhältnis der Menschen als eine Vergesellschaftung der Arbeit bezeichnen kann, das im Gegensatz zur privaten Aneignung der Produkte durch die Privateigentümer der Produktionsmittel steht. Daher fordert er die Liquidierung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und die Aufhebung der Teilung der Arbeit.

Die Sowjetunion beseitigte zwar das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die verstaatlicht oder kollektiviert wurden; aber die Teilung der Arbeit wurde nicht aufgehoben. Sie konnte gar nicht aufgehoben werden, weil auch die Sowjetunion auf die Spezialisierung in verschiedenen Berufen nicht verzichten kann. Es muß sogar hinzugefügt werden, daß sie die Aufhebung der Teilung der Arbeit nicht nur in der Vergangenheit als undurchführbar ansah, auch für die Zukunft nicht vorhat.

Man könnte einwenden, daß es in der modernen Industriegesellschaft ohnehin unmöglich ist, auf die Spezialisierung in verschiedene Berufe zu verzichten. Dieses Argument würde also das Verhalten der Bolschewisten rechtfertigen, und es ist vielleicht nicht zu entkräften. Aber letzten Endes richtet es sich dann gegen Marx, dessen Forderung nach Aufhebung der Teilung der Arbeit in der modernen Industriegesellschaft eben nicht zu realisieren ist.

Wir brauchen uns jedoch nicht in diesem Zusammenhang mit dem Widerspruch zwischen der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung und den marxistischen Thesen nicht zu befassen. Das sollten seine angeblichen Nachfolger in der Sowjetunion tun.

Uns interessiert lediglich die Tatsache, daß Marx die Aufhebung der Teilung der Arbeit forderte, um die Widersprüche zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit und der privaten Aneignung ihrer Produkte zu beseitigen, und daß damit auch die Warenproduktion — „das Wesen der kapitalistischen Produktion“ — wie die Politökonomie meint, beseitigt worden wäre.

Wir können also feststellen, daß in der Sowjetunion deshalb Waren produziert werden, weil die marxistische Forderung nach der Aufhebung der Arbeitsteilung nicht erfüllt wurde. Und es ist zunächst unwichtig, ob es sich hier um eine „gewöhnliche“ oder um eine „besondere“ Warenproduktion handelt. Das bedeutet, daß eine Hauptvoraussetzung der kapitalistischen Wirtschaft: die Teilung der Arbeit, auch für das sowjetische Wirtschaftssystem besteht. Die Konsequenz daraus ist, daß in beiden Wirtschaftsformen Waren produziert werden müssen.

Die sowjetische Wirtschaftstheorie leugnet das Vorhandensein von Warenproduktion in der Sowjetwirtschaft nicht; aber sie verschweigt, daß ihre Voraussetzung die Teilung der Arbeit ist. So wird also die für Kapitalismus und sowjetischen Sozialismus gemeinsame Voraussetzung mit Stillschweigen übergangen, während die Tatsache der Warenproduktion der Ausgangspunkt zur Rechtfertigung anderer kapitalistischer Merkmale in der sozialistischen Wirtschaft ist.

So begründet die Politökonomie das Vorhandensein des Geldes folgendermaßen:

„Da es in der sozialistischen Gesellschaft Warenproduktion und Warenzirkulation gibt, ist auch das Geld notwendig.“⁶⁾

Gegen diese Feststellung ist nichts einzuwenden. Allerdings hatte einst Marx aus der Entwicklung der Warenproduktion die Notwendigkeit des Geldes für die kapitalistische Wirtschaft gefolgert. Und gleichzeitig war es für ihn selbstverständlich, daß in der sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaftsform durch die Aufhebung der Teilung der Arbeit die Warenproduktion beseitigt, d. h. auch das Geld überflüssig werden würde.

Im sowjetischen Sozialismus benötigt man das Geld, weil ein Wertmaß für die produzierten Waren vorhanden sein muß. Angeblich kann sich aber das Geld nicht in Kapital verwandeln. Es dient lediglich zur Kontrolle für den Staat, damit der Wirtschaftsaufbau im Einklang mit den Interessen des Volkes steht.

„In der sozialistischen Wirtschaft verändern sich der Inhalt und die Bestimmungen der Geldfunktionen im Vergleich zu den Funktionen des Geldes im Kapitalismus von Grund auf.“⁷⁾

Es liegt also nahe, diese verschiedenen Bestimmungen zu vergleichen. Hören wir nun, welche Funktionen die sowjetischen Wirtschaftstheoretiker dem Geld in der kapitalistischen Warenproduktion zuweisen:

„In der entwickelten (kapitalistischen) Warenproduktion dient das Geld als:

1. Maß der Werte,
2. Zirkulationsmittel,
3. Akkumulationsmittel,
4. Zahlungsmittel und
5. Weltgeld.“⁸⁾

Welche Funktionen das Geld in der sowjetischen Wirtschaft zu erfüllen hat, lassen wir uns wiederum von den kommunistischen Experten erzählen:

„Das Geld fungiert vor allem als Maß der Werte . . .“⁹⁾

„Im Sozialismus übt das Geld die Funktion des Zirkulationsmittels der Waren aus.“¹⁰⁾

„Das Geld übt in der sozialistischen Wirtschaft die Funktion des Zahlungsmittels aus.“¹⁰⁾

„Im Sozialismus übt das Geld die Funktion des Mittels der sozialistischen Akkumulation und des Sparmittels aus.“¹¹⁾

„In der Funktion als Schatz und als Weltgeld tritt in der sozialistischen Gesellschaft das Geld auf.“¹¹⁾

Wie nicht anders zu erwarten war, sind die Funktionen des Geldes im Kapitalismus und im sowjetischen Sozialismus dieselben. Das kann gar nicht anders sein, da in beiden Wirtschaftssystemen Warenproduktion besteht.

Die Tatsache, daß der Staat durch den Rubel die Wirtschaft kontrolliert, soll nicht bestritten werden. Das schließt aber nicht aus, daß der wirtschaftliche Aufbau anderen Zielen dienen kann als den Interessen des Volkes, da diese Entscheidung allein in den Händen des Staates liegt.

Mit der gleichen Rechtfertigung, die für das Geld im sowjetischen Wirtschaftssystem gefunden wird, warten die kommunistischen Experten für das Kredit- und Banksystem auf.

Wie die anderen ökonomischen Kategorien des Kapitalismus erhielt der Kredit ebenfalls einen „sozialistischen Inhalt“, und nun vermag die Sowjetunion stolz zu melden, daß Bank- und Kreditwesen im sowjetischen System eine größere Rolle spielen als in jedem anderen Land. Man verwendete dabei die Erfahrungen der kapitalistischen Wirtschaft; denn es ist unbestreitbar, daß die schnelle Ausdehnung der kapitalistischen Wirtschaft nur durch die Entwicklung des Kreditwesens möglich wurde.

Zwei Dinge bewirkte sie vor allem; Die Zirkulation des Kapitals wurde beschleunigt, und es wurde weitaus besser genutzt. Zum anderen verminderte sich die Bargeldsumme, die der Wirtschaft ständig zur Verfügung stehen muß.

Bekanntlich erfolgen die meisten Kauf- und Verkaufsaktionen durch die Vermittlung von Bankinstituten, ohne daß die jeweilige Summe in bar zu entrichten ist. Wäre das nicht der Fall, so müßte faktisch A den Gegenwert einer Ware, die er für die Produktion benötigt, in Geld an B zahlen. Nach der Fertigstellung wäre ein erhöhter Geldbetrag nötig, damit C die Ware von A kaufen kann, und bei jedem weiteren Verkauf in Groß-, Zwischen- und Kleinhandel müßte wiederum die entsprechende Geldsumme vorhanden sein, sodaß für den Sachwert der Ware der vielfache Geldbetrag erforderlich wäre, um ihr die Zirkulation zu ermöglichen. Der Gesamtbedarf an Geldmitteln müßte also unvorstellbar groß sein, und es hätte sich eine Grenze für die Ausdehnung der Produktion ergeben, die für sie unüberschreitbar gewesen wäre.

Dank der Entwicklung des Kreditwesens hat diese Grenze für die kapitalistische Wirtschaft nie bestanden, und die Sowjetunion zog es vor, das kapitalistische Kreditsystem in ihre Wirtschaftsform zu übernehmen, damit seine Vorzüge auch ihr zugute kommen können.

Allerdings war der Kredit nun zu einem Instrument des Staates geworden, um die zeitweilig freien Geldmittel dahin zu lenken, wo sie gerade gebraucht werden. Die Verteilung des freien Kapitals geht nach einem vorher ausgearbeiteten „Kreditplan“ vor sich: Der Empfänger ist verpflichtet, für den geliehenen Betrag Zinsen zu bezahlen und ihn in der vereinbarten Frist wieder zurückzugeben.

Der Staat entnimmt diese Summe den Fonds, die nicht sofort benötigt werden — dem Amortisationsfonds, der von Anfang an in Geldform be-

8) Politische Ökonomie, S. 88.

9) Politische Ökonomie, S. 510.

10) Politische Ökonomie, S. 511.

11) Politische Ökonomie, S. 512.

6) Politische Ökonomie, S. 510.

7) Politische Ökonomie, S. 510.

steht, aber nur in bestimmten Zeitabständen für die Anschaffung neuer Maschinen, für die Instandsetzung von Baulichkeiten usw. verausgabt wird; oder aus Investitionsmitteln. Als weitere Kreditquellen stehen Lohnfonds und momentan freie Betriebsmittel zur Verfügung.

Da jeder sowjetische Betrieb seine gesamten Geldmittel bei der Staatsbank deponieren muß, hat die Staatsbank genügend Übersicht, welche Summen als Kredite vergeben werden können. Sie ist andererseits durch den Kreditplan darüber orientiert, welcher Betrieb aus saisonbedingten Gründen Bedarf an Geldmitteln hat, um seine zeitweilig größeren Ausgaben decken zu können.

Außer den geplanten Krediten werden auch sogenannte Notstandsdarlehen gewährt, die für besondere Engpässe gedacht sind. Für sie berechnet man 6 v. H. Zinsen per annum und beschränkt die Ausleihefrist auf 45 Tage.

Im allgemeinen unterscheidet man langfristige Kredite zu 2 bis 4 v. H. Zinsen per annum und kurzfristige Darlehen mit einem Zinsfuß von 2 v. H. Bei Verzögerungen in der Rückzahlung erhöhen sich die Zinsen automatisch auf 6 v. H. Außerdem hat die Bank jederzeit das Recht, die Geldmittel des betreffenden Betriebes zu sperren, so daß ihr Risiko gering ist. Sie kann sogar zur Beschlagnahme von Vorräten des Betriebes greifen, falls andere Methoden nicht ausreichen sollten.

In der Regel werden Kredite nur an Staats- oder Kollektivbetriebe vergeben. Es besteht allerdings auch für Einzelpersonen die Möglichkeit, Darlehen bis zu 10 000 und teilweise 25 000 Rubel aufzunehmen, wenn sie zum Bau von Häusern oder zur Beschaffung von Hausrat, Vieh u. ä. verwendet werden. Die Laufzeit beträgt dann durchschnittlich 10 Jahre bei 2 bis 3 v. H. Zinsen. Wird die Tilgungsfrist nicht eingehalten, so ist die Bank berechtigt, 25 v. H. des Lohnes einzubehalten.

Kommerziellen Kredit, das heißt Abgabe von Waren von einem Betrieb an den anderen auf Kredit, gibt es nicht, sondern lediglich Bankkredite für bestimmte wirtschaftliche Zwecke, beispielsweise für die Beschaffung von Rohstoffen oder für die Bildung zeitweiliger Vorräte an Halbfabrikaten. Damit ist der Kredit also unmittelbar an die Produktion gebunden.

Zum kurzfristigen Bankkredit heißt es in der Politökonomie:

„Der direkte kurzfristige Bankkredit an Betriebe und Wirtschaftsorganisationen beruht auf folgenden Grundprinzipien:

1. Rückzahlbarkeit der geliehenen Mittel in einer bestimmten Frist,
2. Zweckgebundenheit des Darlehens,
3. Sicherheit des von der Bank gewährten Darlehens durch Sachwerte. Die Rückzahlbarkeit und Befristung der Darlehen hält die Wirtschaftsorganisation und Betriebe dazu an, die Umschlaggeschwindigkeit der Mittel zu beschleunigen und erleichtert die Kontrolle durch den Rubel seitens der Bank. Die Sicherung des Kredits durch bestimmte Sachwerte ermöglicht es der Bank, die richtige, zweckentsprechende Verwendung des Kredits zu kontrollieren, und verbindet den Kredit mit der Bewegung der materiellen Mittel.“¹²⁾

Langfristige Kredite kommen vor allem für Investitionen in Frage, die in den Kollektivbetrieben notwendig sind. Die staatlichen Unternehmen erhalten ihre Investitionsmittel als nichtrückzahlbare Haushaltsanweisungen.

Die Gesamtsumme der Bankkredite in der Sowjetunion betrug jeweils am 1. Januar (in Milliarden Rubel)¹³⁾:

	kurzfristige Kredite	langfristige Kredite
1951	194	76
1953	203	..
1954	208	..
1955	217	..
1956	227	116

Als Notenbank fungiert in der Sowjetunion die Staatsbank. Sie vergibt außerdem kurzfristige Kredite und ist das Verrechnungszentrum des Landes.

Für langfristige Kredite sind die staatlichen Spezialbanken zuständig (Hypothekenbanken vergleichbar). Und zwar für die Industrie und für das Transportwesen: die Industriebank; für die Land- und Forstwirtschaft: die Landwirtschaftsbank; für den Handel und die Genossenschaften: die Handelsbank; für die Finanzierung der Kommunalwirtschaft und des Wohnungsbaus: die Kommunalbank.

Alle Geldmittel, die planmäßig für die Investitionen Verwendung finden, werden in diesen Banken je nach der Zuständigkeit konzentriert. Ihnen obliegt die gesamte Abrechnung über die Investitionen, die Ausgabe der für die Durchführung von Bauarbeiten notwendigen Mittel und die Kontrolle über ihre planmäßige Verwendung.

Die staatlichen Sparkassen nehmen Einlagen sowohl der einzelnen Bürger wie auch der Kollektivwirtschaften und der gesellschaftlichen Organisationen entgegen und zahlen dafür einen bestimmten Zins. Die Sparkassen erledigen ferner Geschäfte, die mit der Staatsanleihe verbunden sind, so die Auszahlung der Anleihe-Auslosungsgewinne und der Zinsen.

Die Spareinlagen der Bevölkerung stiegen im Jahre 1956 auf über 50 Milliarden Rubel. Sie bilden für den Staat eine willkommene Quelle, um die Investitionen finanzieren zu können.

So umfaßt das sowjetische Banksystem also drei Arten von Banken: die Staatsbank, die staatlichen Spezialbanken und die Sparkassen. Die Staatsbank ist das Zentrum der sowjetischen Finanzwirtschaft, indem ihr die wichtigsten Funktionen zufallen:

Erstens reguliert sie den Geldumlauf, die Bewegung des Bargeldes im Lande, zieht Geld aus dem Umlauf und übernimmt die Geldemissionen; dies erfolgt nach einem von der Regierung der UdSSR festgelegten Plan und Verfahren.

Als Deckung dient der sowjetischen Währung — neben der Warenmenge — seit dem 1. März 1950 ein bestimmter Goldvorrat. Mit diesem Tage wurde der Kurs des Rubels nicht mehr wie früher (seit 1937) auf Dollarbasis errechnet, sondern unmittelbar auf Goldbasis festgelegt — entsprechend dem von der Regierung veranschlagten Goldgehalt des Rubels.

Nach den einzelnen Elementen des Wirtschaftsplanes — Lohnfonds, Warenumsatz, Staatshaushalt usw. — wird die Höhe des Geldumlaufs bemessen. Das heißt, daß im voraus geplant werden muß, welche Auszahlungen im Verlaufe eines Jahres für Löhne und Gehälter, Gewinne aus der Staatsanleihe usw. bevorstehen und welche Einzahlungen der Bevölkerung (Mieten, Steuern, Spareinlagen) zu erwarten sind.

Während die Planung des Geldumlaufs im Rahmen der gesamten Wirtschaftsplanung von den staatlichen Plankomitees vorgenommen wird, ist es die Aufgabe der Staatsbank, die operative Regulierung des Geldumlaufs zu bewerkstelligen.

In sogenannten „Kassenplänen“ werden alle Kassenumsätze der einzelnen Glieder des Systems der Staatsbank festgelegt. Dieser Kassenplan sieht im Maßstab des ganzen Landes die Emission und die Einziehung des Geldes vor — je nach dem Verhältnis zwischen dem Zu- und Abgang an Bargeld bei den Kassen der Staatsbank. In ihm werden alle für die Planperiode veranschlagten Bareingänge der Staatsbank und alle Bezahlungen aus der Kasse der Bank ausgewiesen.

Die Hauptmenge des von der Staatsbank ausgegebenen Bargelds dient im Einklang mit dem Plan der Auszahlung der Löhne, sowie der Einkünfte der Kollektivbauern und der Bezahlung der bei den Kollektivwirtschaften erfaßten oder aufgekauften Produkte.

Der Hauptposten, in dem das Bargeld in die Bank zurückfließt, ist der Erlös der Handelsorganisationen (einschließlich der Umsatzsteuer), auf den mehr als $\frac{4}{5}$ aller Kasseneingänge der Staatsbank entfallen, dazu kommen die Einkünfte der Kommunalbetriebe sowie des Verkehrs- und Fernmeldewesens, die täglich an die Bank abzuführen sind.

Die zweite Aufgabe der Staatsbank besteht darin, in ihren Kassen das Bargeld der staatlichen und kollektiven Betriebe und Organisationen aufzubewahren, sowie die für ihre laufenden Zahlungen notwendigen Barmittel auszugeben.

Da ausnahmslos alle Betriebe ein Konto unterhalten müssen, ist die Bank das beste und wirksamste Kontrollorgan des Staates für die Einhaltung der staatlichen Finanzpläne. Bleibt ein Betrieb mit seinen laufenden Zahlungen in den Staatshaushalt in Verzug, so werden ihm von der Bank die Geldmittel gesperrt, so daß er sich außerstande sieht, seinen Verpflichtungen anderen gegenüber nachzukommen.

Drittens obliegt der Staatsbank die kurzfristige Kreditierung der Betriebe und Wirtschaftsorganisationen aller Zweige der Volkswirtschaft — mit Ausnahme der Bauorganisationen.

Dadurch ist eine weitere Möglichkeit der Kontrolle gegeben, denn die Kreditgewährung ist mit der vorangehenden und laufenden Überprüfung der Finanzlage des Betriebes verbunden. Die Kreditorgane überprüfen dabei die Erfüllung des Einnahme- und des Akkumulationsplans, die zweckentsprechende Verausgabung der eigenen und geliehenen Umlauf-

12) Politische Ökonomie, S. 604.

13) Economic Survey of Europe 1955, Genf 1956.

mittel usw. Darüber hinaus treffen die Kreditorgane Maßnahmen, um die Zahlungsdisziplin, die wirtschaftliche Rechnungsführung und das Sparsamkeitsregime in den Betrieben zu fördern.

Sie haben das Recht, sich auch in die innerbetrieblichen Angelegenheiten einzumischen, falls ein Unternehmen seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Viertens ist die Staatsbank das Verrechnungszentrum für alle Transaktionen zwischen den Betrieben und Wirtschaftsorganisationen. Sie wickelt den Zahlungsverkehr zwischen ihnen und den staatlichen Institutionen ab, indem sie die jeweiligen Beträge vom Konto des einen auf das andere umbucht. Auf diese Weise wird die Bargeldmenge wesentlich vermindert und der Umschlag des Kapitals beschleunigt.

Fünftens ist die Staatsbank für die Kassenführung des Haushalts verantwortlich. Sie nimmt die Zahlungen an den Staatshaushalt entgegen und zahlt Haushaltsmittel in dem bewilligten Umfange je nach ihrer Zweckbestimmung aus.

Sechstens obliegt ihr die Aufbewahrung des Valutafonds und die Abwicklung des internationalen Zahlungsverkehrs aus Handelsgeschäften und sonstigen Wirtschaftsoperationen der UdSSR mit dem Ausland. Ein Teil dieses Verrechnungsverkehrs wird auch über die Außenhandelsbank der UdSSR abgewickelt. Man kann nicht widersprechen, wenn die Politökonomie erklärt: „Die Staatsbank der UdSSR ist die größte Bank der Welt.“¹⁴⁾

Der Kreislauf des Kapitals

Nicht jede Geldsumme ist Kapital, sondern zu Kapital wird das Geld erst dann, wenn ein Unternehmer es benutzt, um damit zu produzieren. Er kauft mit dem Geldkapital Waren für die Produktion (Maschinen, Roh- und Brennstoffe) und die Arbeitskraft der Lohnarbeiter. Dadurch verwandelt sich das Geldkapital in produktives Kapital.

Nachdem das Ziel der Produktion, Waren herzustellen, erreicht ist, hat sich das produktive Kapital in Warenkapital verwandelt. Die Waren werden von dem Unternehmer verkauft, und somit wird aus dem Warenkapital wieder Geldkapital, mit dem der neue Produktionsprozeß begonnen werden kann.

Marx stellte also fest, daß Kapital in verschiedenen Formen anzutreffen ist: als Geldkapital, als produktives Kapital und als Warenkapital. Soll der Produktionsprozeß nicht unterbrochen werden, muß das Kapital ständig von einer Form in die andere umschlagen. Es vollzieht einen Kreislauf, beginnend mit der Geldform über die produktive Form zur Warenform und wieder in Geldform. Je schneller dieser Umschlag erfolgt, d. h. je schneller die Produktion vonstatten geht und die hergestellten Waren verkauft werden können, um so besser kann das angelegte Kapital ausgenutzt werden.

Natürlich bestehen bei der Vielzahl der Produktionsprozesse die verschiedenen Formen des Kapitals nebeneinander, fließen ineinander über und sind nicht immer in ihrer jeweiligen Größe genau zu bestimmen.

Trotzdem kann dieser Kreislauf oder Umschlag des Kapitals für jeden Produktionsprozeß verfolgt und das gleiche Schema darüber hinaus auch auf die gesamte Volkswirtschaft eines Landes angewandt werden.

Was Marx als innere Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Wirtschaft erkannte, wird im sowjetischen Wirtschaftssystem bewußt angewandt. Man verzichtet allerdings tunlichst auf den Begriff „Kapital“, der nur als Kennzeichen der Investitionen in der Sowjetwirtschaft Verwendung findet und spricht statt dessen von Fonds.

„Die Produktionsfonds vollziehen einen planmäßigen kontinuierlichen Umschlag, sie durchlaufen nacheinander das Stadium der Produktion und das der Zirkulation. Dementsprechend verändern sie ihre Form: Die Geldform geht in die produktive Form, die produktive Form in die Warenform, die Warenform in die Geldform über usw.“¹⁵⁾

Bei diesem Umschlag des Kapitals (oder der Fonds) ist zu berücksichtigen, daß er in der Produktionssphäre nicht für die verschiedenen Kapitalarten gleichmäßig vor sich geht. Es wurde bereits erwähnt, daß mit dem Geldkapital Maschinen und Arbeitskraft gekauft werden. Jetzt sollen die einzelnen Bestandteile des produktiven Kapitals präziser dargestellt werden.

Die Faktoren der Produktion, deren Wert in das Produkt eingeht, sind:

1. Fabriken und Baulichkeiten, Einrichtungen und Maschinen.

Ihr stehen etwa 4000 Filialen in allen größeren und mittleren Städten zur Verfügung, und infolge der Vielzahl der Aufgaben ist sie sehr wohl als das größte Finanzinstitut der Welt anzusehen.

Unsere Untersuchung über die Rolle der ökonomischen Kategorien: Geld und Kredit und ihrer Voraussetzung: der Warenproduktion, zwingt zu dem Schluß, daß das sowjetische Wirtschaftssystem von diesen Faktoren entscheidend geprägt ist. Weder haben sich ihre Funktionen im Hinblick auf das von Marx beschriebene kapitalistische System grundlegend verändert, noch liegt es im Ermessen des sowjetischen Staates, sie einfach abzuschaffen, solange die Arbeitseinteilung nicht aufgegeben ist.

War es auf diese Weise ausgeschlossen, die Erscheinungsformen selbst zu ändern, so mühte sich die sowjetische Wirtschaftstheorie darum, den Begriffen wenigstens einen sozialistischen Inhalt zu geben.

Als Hauptargument dient ihr die Behauptung, in der Sowjetunion habe die Arbeit unmittelbar gesellschaftlichen Charakter, weil es keine Privatproduzenten wie im Kapitalismus mehr gibt, sondern der Staat der Eigentümer von Produktionsmitteln ist.

Mit dieser Behauptung werden wir uns nun auseinanderzusetzen haben. Und zur Klärung der Frage, ob die Produktion in der Tat unmittelbar gesellschaftlichen Charakter hat, ist es notwendig, auf die Marxsche Theorie vom Kreislauf des Kapitals zurückzugreifen.

2. Roh-, Brenn- und Hilfsstoffe, Arbeitslohn.

Die Einteilung erfolgte nach dem Gesichtspunkt, ob sie in einem einzigen Produktionsprozeß verarbeitet werden oder ob sie mehrere Produktionsprozesse überdauern.

Fabriken, Gebäude, Einrichtungen und Maschinen nutzen sich nicht so schnell ab. Sie können in vielen Produktionsprozessen verwendet werden. Marx bezeichnet sie daher als „fixes Kapital“.

Roh-, Brenn- und Hilfsstoffe sowie der Arbeitslohn gehen in ihrem Wert völlig in das Produkt eines Produktionsprozesses ein. Sie werden folglich „zirkulierendes Kapital“ genannt.

Die gleiche Einteilung wird in der Sowjetunion vorgenommen. Und zwar heißt hier das fixe Kapital: Produktionsanlagefonds.

„Zu den Produktionsanlagefonds des Betriebes gehören die Arbeitsmittel: das Betriebsgebäude, Ausrüstungen, Maschinen, Werkzeuge und Einrichtungsgegenstände mit längerer Nutzungsdauer sowie die Transportmittel. Die Anlagefonds stellen den Produktionsapparat der sozialistischen Gesellschaft dar.“¹⁶⁾

Das zirkulierende Kapital nennt man in der Sowjetunion Umlaufmittel des Betriebes. Sie umfassen den Produktionsumlauffonds (Rohstoffe, Material, Brennstoffe) und den Zirkulationsfonds (Geldmittel für Arbeitslohn und zum Ankauf bzw. Verkauf)¹⁶⁾.

Die veränderten Bezeichnungen, mit denen in der Sowjetunion der Kreislauf des Kapitals in einem Umschlag der Fonds verwandelt wurde, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich um den gleichen Vorgang handelt. Es soll uns dabei gar nicht darauf ankommen, den Begriff „Fonds“ für Kapital zu akzeptieren, da sich dadurch kein Unterschied in der Sache ergibt und außerdem klar zum Ausdruck gebracht wird, daß die Verteilung des Kapitals vom Staat vorgenommen wird, der nach seiner volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung den Betrieben entsprechende Fonds zuteilt.

Der folgende Vergleich des von Marx beschriebenen Kreislaufes des Kapitals mit dem Umschlag der Fonds soll die Übereinstimmung noch deutlicher zeigen.

Einteilung des Kapitals nach dem Charakter des Umschlages

Marxistische Einteilung	Bestandteile des Kapitals (der Fonds)	Sowjetische Einteilung
fixes Kapital	{ Fabrikgebäude und Baulichkeiten Einrichtungen, Maschinen	Produktions- anlagefonds
zirkulierendes Kapital	{ Roh-, Brenn- und Hilfsstoffe Arbeitslohn	Umlaufmittel des Betriebes

14) Politische Ökonomie, S. 606.

15) Politische Ökonomie, S. 532.

16) Politische Ökonomie, S. 533.

Trotz der klaren Übereinstimmung weigert sich die sowjetische Wirtschaftstheorie, diese Tatsache zuzugeben. Noch viel weniger Bereitschaft zeigt sie, für die Sowjetwirtschaft die Einteilung des Kapitals nach dem Ausnutzungsgrad der Arbeit zu übernehmen.

Marx hatte seine Produktionsformel $c + v + m = p$ (konstantes Kapital + variables Kapital + Mehrwert = Gesamtprodukt) als Beweis angeführt, daß die Arbeiter durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Kapitalisten einen bestimmten Mehrwert erzeugen. Mit der Formel läßt sich die Höhe des Mehrwertes berechnen, wenn die anderen Faktoren — also das konstante und variable Kapital — bekannt sind.

Bei einer solchen Einteilung nach der Rolle des Kapitals im Prozeß der Ausbeutung der Arbeiter, spielen zwei Faktoren die wichtigste Rolle: Fabriken, Maschinen, Roh- und Brennstoffe als sogenanntes „konstantes Kapital“ auf der einen und die Arbeitskraft als „variables Kapital“ auf der anderen Seite.

Es handelt sich hier also nicht um die vorher beschriebene Einteilung des Kapitals nach dem Charakter des Umschlages in fixes und zirkulierendes Kapital. Sie ist ungefährlicher, weil sie keine Folgerungen über die Ausbeutung der Arbeitskraft zuläßt. Und so beeilt sich die Politikökonomie denn auch festzustellen:

„Von der bürgerlichen politischen Ökonomie wird nur die Einteilung des Kapitals in fixes und zirkulierendes anerkannt, weil diese Einteilung des Kapitals an sich noch nichts über die Rolle der Arbeitskraft bei der Schaffung des Mehrwertes aussagt, sondern im Gegenteil den grundlegenden Unterschied zwischen den Aufwendungen des Kapitalisten für die Entlohnung der Arbeitskräfte und den Aufwendungen für Rohstoffe, Brennstoffe usw. vertuscht.“¹⁷⁾

Es wäre müßig, den Sowjets vorzuhalten, daß sie durch die Umbenennung des zirkulierenden Kapitals in „Umlaufmittel des Betriebes“ — deren wichtigster Faktor: der Arbeitslohn, ganz bescheiden am Schluß aufgezählt wird — den wahren Sachverhalt nicht nur vertuschen, sondern verfälschen. Denn offenbar verbietet es ihnen ihr „sozialistisches Gewissen“ auch nur die Einteilung in fixes und zirkulierendes Kapital zuzugeben — ganz zu schweigen von der folgensweren Einteilung in konstantes und variables Kapital.

Wir können ihnen die Arbeit, die sie selbst nicht machen wollen, abnehmen, da sich auch in dieser Beziehung die der marxistischen Analyse des Kapitalismus entsprechenden Begriffe in der sowjetischen Wirtschaftstheorie finden lassen.

Fabriken, Einrichtungen und Maschinen zählen in der Sowjetunion zum Produktionsanlagefonds; Roh-, Brenn- und Hilfsstoffe zum Produktionsumlauffonds. Beide Fonds werden zusammengefaßt als Produktionsfonds bezeichnet. Der Arbeitslohn ist mit dem Lohnfonds identisch.

Folglich entspricht bei einer Einteilung nach dem Ausnutzungsgrad der Arbeitskraft das konstante Kapital dem Produktionsfonds, das variable Kapital dem Lohnfonds.

Zum besseren Verständnis greifen wir auf unsere Tabelle zurück.

Einteilung nach der Rolle des Kapitals im Ausbeutungsprozeß

Marxistische Einteilung	Bestandteile des Kapitals	Sowjetische Einteilung
konstantes Kapital	{ Fabrikgebäude und Baulichkeiten Einrichtungen Maschinen Roh-, Brenn- und Hilfsstoffe	Produktionsfonds
variables Kapital	{ Arbeitslohn	
		Lohnfonds

Was bisher über den Kreislauf des Kapitals und seine verschiedenen Einteilungen gesagt worden ist, dürfte als Beweis dafür genügen, daß

¹⁷⁾ Politische Ökonomie, S. 176.

der Umschlag der Fonds in der Sowjetunion samt den dazugehörigen Einteilungen mit der marxistischen Darstellung identisch ist. Es bleibt nur noch die Frage offen, wer in der Sowjetunion die Rolle der Kapitalisten übernommen hat?

Im Kapitalismus eröffnet der kapitalistische Unternehmer den Kreislauf des Kapitals, in dem er es in Geldform zum Kauf von Produktionsmitteln und Arbeitskraft verwendet und damit in die produktive Form verwandelt. Nach der Produktion erscheint das Kapital in Warenform und schließlich werden diese Waren verkauft, d. h. wieder in Geldform verwandelt.

In der Sowjetunion beginnt der Umschlag der Fonds damit, daß der Staat den Betrieben Produktionsmittel als Produktionsfonds und Geldkapital als Lohnfonds zur Verfügung stellt. In der Produktionssphäre entsteht aus der Geld- die produktive Form, und schließlich werden die erzeugten Waren nach Anweisung des Staates realisiert, indem sie entweder als Produktionsmittel an andere Betriebe geliefert oder als Konsumgüter an die Bevölkerung verkauft werden. Durch die Rückverwandlung in Geldform erhält der Staat die Mittel für den neuen Produktionsprozeß.

Anfang und Ende des Umschlages der Fonds ist in der Sowjetunion also der Staat, der damit an die Stelle der kapitalistischen Einzelproduzenten getreten ist.

Das bedeutet, daß von einer unmittelbar gesellschaftlichen Produktion nicht gesprochen werden kann, da der Staat das Mittel darstellt, ohne das keine Produktion stattfindet. Die Gesellschaft kann ohne ihn nicht produzieren.

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie viele gemeinsame Züge der sozialistischen und kapitalistischen Produktionsweise in diesem Kapitel aufgezeigt wurden, dann liegt die Vermutung nahe, den sowjetischen Sozialismus als Staatskapitalismus zu klassifizieren. So sehr diese Behauptung auch zutreffend erscheint — vor allem hinsichtlich des staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, so ist es dennoch nicht möglich zu übersehen, daß in der Epoche der Fünfjahrespläne die Konkurrenz der Produzenten als wesentliches kapitalistisches Merkmal völlig fehlt. Daher kann dieses Wirtschaftssystem nicht als Staatskapitalismus angesehen werden; wohl aber scheint es angebracht, von „Staatswirtschaft“ zu sprechen. Denn in der Tat ist der sowjetische Staat der ausschlaggebende Faktor der Wirtschaft. Das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln und die staatliche Planung sind in dieser Epoche die Hauptmerkmale des sowjetischen Wirtschaftssystems.

Der Begriff Staatswirtschaft soll auch klar zum Ausdruck bringen, daß die Sowjetunion keinen Anspruch erheben kann, die sozialistische oder kommunistische Gesellschaftsform nach marxistischen Voraussagen verwirklicht zu haben, weil ihre unabdingbaren Voraussetzungen nicht erfüllt sind: die Aufhebung der Arbeitsteilung und die unmittelbar gesellschaftliche Produktion. Die sowjetische Wirtschaftstheorie hätte vielleicht gegen den Ausdruck Staatswirtschaft gar nichts einzuwenden. Gegen die Feststellung, daß in der Sowjetunion die Teilung der Arbeit nicht aufgehoben worden ist, kann sie nichts einwenden, wenn das auch wegen der Folgerungen, die daraus zu ziehen sind, nicht weiter erörtert wird.

Wir haben durch die Gegenüberstellung mit der Marxschen Analyse die notwendigen Konsequenzen ziehen müssen: daß nämlich im sowjetischen Wirtschaftssystem Warenproduktion herrscht, daß entscheidende Merkmale des kapitalistischen Systems (Geld, Kreditwesen) vorhanden sind und daß die Gesellschaft weder unmittelbar produziert noch konsumiert. Mir scheint, dem kann nicht viel entgegeng gehalten werden.

Anmerkung:

Günther Wagenlehner, geb. am 19. 11. 1923 in Oederan/Erzgebirge. Im Herbst 1955 aus sowjetischer Gefangenschaft zurückgekehrt. Anschließend Studium der Politischen Wissenschaften und Volkswirtschaft an der Universität Hamburg. Arbeitet z. Z. an einer Untersuchung über „Die Vorstellungen Lenins von der kommunistischen Zukunftsgesellschaft und seine Versuche, sie in Rußland zu verwirklichen“.

Nachforderungen der Beilagen aus Politik und Zeitgeschichte sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preis von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51